Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1½ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 74. Sonnabend den 15. März 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 12. März. Die heutige Nummer der Stuttgarter Chronik meldet, daß die vier Königreiche sich übereinstimmend für ein National-Parlament erklärt hätten.

Stettin, 13. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen, pr. Frühjahr 31¼, pr. Juni 32½ Brief. — Rüböl 10, pr. Herbst 10⅔ Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23¾ Geld, pr. Juni 22½.

Hamburg, 13. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen fester. Roggen gefragter. Kaffee, 5000 Sack Rio 4¼, 4⅞; 3300 Sack Santos 4⅝, ¾.

Frankfurt a. M., 13. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 41¼.

(Die heute fälligen Depeschen aus Paris und Amsterdam sind wegen gestörter Linie noch nicht eingetroffen.)

(Berl. Bl.)

Paris, 11. März, Abends 8 Uhr. Der Präsident der Republik hat für die morgen stattfindende Revue den Ruf der Truppen verboten. Viele Offiziere der Nationalgarde beabsichtigen nach dem 15. März ihre Demission einzureichen. — Das „Journal des Débats" bringt ein Manifest gegen die Fusion. Das Haus Orleans treibe außerhalb Frankreich keine Politik. Der „Constitutionnel" meldet Aehnliches.

Paris, 11. März, Nachmittags 5 Uhr. 3 pCt. 57, 80. 5 pCt. 94, 20.

Triest, 13. März. London 12, 45. Silber 30¼.

Florenz, 8. März. Heute ist der Großherzog von Livorno nach Neapel abgereist.

Turin, 10. März. Zwei Bureaux der Abgeordneten-Kammer haben den Handelsvertrag mit Belgien geprüft, die anderen Bureaux haben die Prüfung bis zur Verhandlung des mit England geschlossenen Vertrags aufgeschoben, der vorgestern der Kammer vorgelegt ward.

Genua, 10. März. Die Druckerei der Strega ward von Bewaffneten gestürmt und verwüstet, die Urheber des Attentats sind verhaftet.

Rom, 8. März. Das 7. Verzeichniß der zur Gründung der Bank erforderlichen Aktien ward nebst der Einladung zur ersten Bank-Versammlung am 31. März veröffentlicht.

Venedig, 12. März. Die mit dem Gesuche um Bewilligung des Freihafens beauftragte Kommission ist heute nach Wien abgereist.

Uebersicht.

Breslau, 14. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Handelsminister, daß der Eingangszoll auf Roh-Eisen bald werde aufgehoben werden. Dann schritt man zur Berathung des Militär-Budgets. Einige Anträge erregen eine lebhafte Debatte, so z. B. auf Herabsetzung der Gehalte der kommandirenden Generale, wegen Vermehrung der katholischen Militärgeistlichen, wegen Errichtung einer neuen Geschützgießerei ꝛc. Auf eine Anfrage in Betreff der Entschließungen der Regierung, bezüglich der preußischen Marine, antwortete der Finanzminister: Die Regierung habe noch keinen Beschluß fassen können, bevor das Schicksal der deutschen Flotte sich entschieden hat. Die Positionen für die preußische Marine werden dann ohne Schmälerung bewilligt.

Unsere heutige Berliner ☌-Korrespondenz entwirft ein Bild von dem gegenwärtigen politischen Standpunkte und kommt zu dem Resultate, daß die Reaktion bereits weit hinter 1847 zurückgeschritten sei. Nicht allein die Männer, welche damals opponirten, stehen jetzt auf den äußersten Posten der Opposition, sondern selbst die Männer, welche damals die Regierung vertraten und eifrig vertheidigten (Bodelschwingh) sind jetzt unter den Reihen der Opposition zu finden, ja endlich müssen Männer, wie Harkort und der frühere Minister v. Arnim, nächstens auf der Anklagebank erscheinen. — Dieselbe Korrespondenz erörtert schließlich die Verhältnisse, die eintreten dürften, wenn Preußens Forderung der Rückkehr zum alten Bundestage in Erfüllung ginge.

Dieser Tage soll eine britische Note in Berlin eingegangen sein, welche erhebliche Bedenken gegen den Eintritt von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund aufstellt.

Ein Abschluß der Verhandlungen in Bezug auf die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten ist sobald noch nicht zu erwarten. Zwischen den deutschen und den dänischen Kommissaren finden Diferenzen statt. Am 12. d. Mts. wurde eine Konferenz zwischen dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel, dem österreichischen Gesandten von Prokesch und dem preußischen Kommissar General Thümen abgehalten, welche lediglich die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten betraf.

Dem General Nostiz, der so eben wieder nach Hannover abgereist ist, soll es gelungen sein, das freundschaftliche Vernehmen zwischen Preußen und Hannover wieder herzustellen, so daß hoffentlich beide Staaten in der deutschen Frage ein und dieselbe Politik befolgen dürften. Selbst eine Verständigung und Annäherung zwischen dem Zollverein und dem hannoverschen Steuerverein soll in Aussicht stehen. Das Berliner C. B., welches diese Meldungen enthält, giebt noch einige Notizen über neue Arrangements in Betreff der hannoverschen Erbfolge.

Am 11. sind österr. Quartiermacher in Magdeburg angekommen. Der Durchmarsch der Oesterreicher nach Prag soll am 12., 13. und 14. März stattfinden. — Am 13. sind diese Quartiermacher von Leipzig nach Dresden abgegangen.

Ein Artikel der Spen. Ztg. beleuchtet das Verhältniß des sogenannten Bundestages in Frankfurt a. M. zur deutschen Flotte.

Eine Korrespondenz der Nat.-Ztg. aus Frankfurt a. M. widerlegt die Nachrichten: daß das Marineministerium aufgelöst worden, und die deutsche Flotte verkauft werden würde. Das gedachte Ministerium habe mehrere Druckschriften ausgegeben, in denen die Mittel und Wege beleuchtet werden, durch welche diese Angelegenheit am besten befördert würde, und in denen zuletzt die Alternative ausgesprochen sei, daß, wenn die deutschen Regierungen nichts mehr dafür thun wollten, dies Institut am besten aufgegeben würde. Dieser Ausspruch habe Veranlassung zu den erwähnten falschen Gerüchten gegeben.

Für den Monat März sind an die Bundescentralkasse zu Frankfurt a. M. die matrikularmäßigen Beiträge bereits eingezahlt worden.

Am 11. und 12. März hat sich die zweite Kommission der Ministerialkonferenzen zu Dresden wieder versammelt.

Das baiersche Ministerium steht auf wankendem Boden, man nennt bereits die Mitglieder des neuen Kabinets. Vielleicht noch etwas zu früh. — Das Defizit bei dem baierschen Budget beträgt mehr als 3 Millionen Gulden. — Dem Ministerpräsidenten v. d. Pfordten soll für seinen Aufenthalt in Dresden die Summe von 60,000 Gulden zur Verfügung gestellt worden sein. Eine Interpellation an das Ministerium soll die Rechtfertigung dieser außerordentlichen Ausgabe Angesichts der drückenden Lage des Landes wünschen. — In den Militärwerkstätten Baierns herrscht fortwährend die angestrengteste Thätigkeit. Man scheint immer noch auf einen Feldzug zu hoffen, um Baiern als Großmacht proklamiren zu können.

Der bekannte hannoversche Korrespondent der D. Allg. Z. beleuchtet das durchgreifende Streben Oesterreichs und Baierns, die Presse für ihre Zwecke zu benutzen. — Hannover wird sich dem allgemeinen Postvereine anschließen.

Am 12. März ist in Paris große Revue der dortigen Truppen. Der Präsident hat den Soldaten während derselben jede Art von Ausrufen verbieten lassen. — Das Journal d. Deb. enthält ein Manifest gegen die Verschmelzung der orleanistischen und legitimistischen Partei; man hält dasselbe allgemein für eine Inspiration des Prinzen von Joinville. (S. den Inhalt desselben unter Frankreich.)

Das Parlament in London beschäftigte sich am 11. März mit den Angelegenheiten des Kaffern-Krieges. — Lord Stanley und seine Partei sollen beabsichtigen, für die Verwerfung der antipäpstlichen Bill zu stimmen.

Die Oesterreicher rücken im römischen Kirchenstaate immer weiter vor, wie es scheint, ohne von Rom aus dazu aufgefordert zu sein. Im Gegentheil soll die päpstliche Regierung eine Verminderung der kaiserlichen Truppen in dem Kirchenstaate gewünscht, Fürst Schwarzenberg dies aber verweigert haben.

Wie österreichische Blätter melden, soll Fürst Schwarzenberg entschlossen sein, die Dresdener Konferenzen zu schließen, falls die deutschen Regierungen noch ferner dieselbe Unentschlossenheit und Uneinigkeit wie bisher zeigen würden.

Einem Prager Blatte wird aus Wien gemeldet: daß Fürst Schwarzenberg binnen Kurzem eine peremtorische Erklärung in Betreff der deutschen Frage abgeben werde, und daß er nöthigenfalls sich mit seinen Vorschlägen an den „Bundestag" wenden werde, wo er des Erfolges gewiß sei.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer.

Einunddreißigste Sitzung vom 12. März.

(Schluß.)

Der Minister des Handes versichert, daß die ganze Sorgfalt der Regierung der vorliegenden Frage zugewendet ist; aber sie kann nicht ohne Theilnahme des Gewerbestandes selbst gelöst werden, und nur in der Voraussetzung einer allgemeinen Theilnahme habe Se. Majestät der König die früher erwähnte Unterstützung beschlossen, welche Erwartung sich nicht bewährt hat. Eine vom Staat direkt errichtete Anstalt würde sich nicht desselben Vertrauens erfreuen, wie z. B. die mit Recht gerühmte Privatassoziation zu Aachen. Noch mehr Bedenken würde ich tragen, eine Staatsgarantie zu empfehlen. Der Redner wehrt zuletzt die von dem Vorredner auf das Gewerbegesetz gerichteten Angriffe ab, indem letzteres gerade eine Garantie für die Sittlichkeit und Befähigung des Arbeiters bezweckte und noch keine entgegengesetzte Erfahrung gemacht worden.

Der Finanz-Minister entgegnet den Vorwürfen Hansemann's, daß schon 1847 die Regierung ihre Sympathie für solche Institute gezeigt, aber die Centralisation begünstige dieselben weniger als die provinzielle Wirksamkeit. In der Generalstaats-Kasse liegen die zwei Millionen, welche damals den Provinzial-Hülfsfonds zugewiesen worden, fast noch ganz unangegriffen.

Lette macht darauf aufmerksam, daß die Wirksamkeit des Central-Vereins dadurch gelähmt worden, daß man seine Existenz bis zum 12. April 1848 in der Schwebe ließ. Er beantragt jetzt Niedersetzung einer Spezial-Kommission oder eventualiter Ueberweisung der Petition an das Ministerium zur Berücksichtigung.

Diergardt spricht im Interesse der arbeitenden Klassen in konservativem Sinne, zugleich für das Innungswesen und für die Berücksichtigung des vorliegenden Planes.

Straß, für den Antrag Lette's, hofft, die rechte Seite werde nicht den Vorwurf der Gleichgültigkeit gegen die — von ihr so oft hervorgekehrten — materiellen Fragen und das Wohl der arbeitenden Klasse durch die Tagesordnung rechtfertigen.

Graf Itzenplitz vertheidigt die motivirte Tagesordnung; es handelt sich hier nicht um allgemeine Fragen, sondern um einen bestimmten Plan.

Bei der Abstimmung werden sowohl die motivirte Tagesordnung, als die Anträge Lette's verworfen, der Kommissions-Antrag zuletzt einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht der Finanz-Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Bestimmung im § 4 des Reglements für die allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt vom 28. Dezember 1775, wegen Ausschließung der Militärbedienten in Kriegszeiten. Die vorgeschlagene Zustimmung erfolgt ohne Debatte. Endlich folgen Berichte der Kommission für Rechtspflege über die bei Berathung der Verordnung vom 2. Januar 1849, betreffend die Aufhebung der Privat-Gerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie die anderweite Organisation der Gerichte in Betracht kommenden Petitionen, welche theilweise durch Tagesordnung beseitigt, theilweise dem Justizministerium überwiesen werden.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Preßgesetz.

Zweite Kammer.

Einundvierzigste Sitzung vom 13. März.

Präsident: Graf v. Schwerin.

Eröffnung: 10 Uhr.

Der Handelsminister bringt einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Bergwerke, mit Ausnahme der auf der linken Seite des Rheinufers ein. Die Regierung glaube die Emanirung eines allgemeinen Bergrechts vor der Hand auf sich beruhen lassen zu müssen, da in einigen Provinzen eine entschiedene Vorliebe für die gegenwärtig bestehenden Einrichtungen sich kund gegeben habe und weitere Erfahrungen abzuwarten seien. Der Minister giebt eine Darstellung der Gesichtspunkte, von welchen der Gesetzentwurf ausgeht und empfiehlt denselben zur schleunigen Berathung. Der Entwurf wird einer besonders zu erwählenden Kommission überwiesen.

Die Kammer setzt die Berathung des Militäretats fort. Bei den Positionen 70—80 werden, da voraussichtlich in diesem Jahre keine Landwehrübungen stattfinden würden, 313,344 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. abgesetzt.

Bei der Position 90 werden 560 Thlr. (Remuneration von Büchsenmachern) gestrichen. Die extraordinären Gehälter in Höhe von 67,132 Thlr. werden genehmigt.

Bei den Besoldungen der höhern Truppenbefehlshaber beantragt die Kommission:

„Die Diensteinnahme der kommandirenden Generale an Gehalt und Dienstzulage in Berücksichtigung der ähnlichen Stellung und Besoldung des Oberpräsidenten bei künftigen Erledigungsfällen auf 6000 Thlr., die der Divisions-Kommandeure auf 4000 Thlr. und die der Brigade-Kommandeure auf 3000 Thlr. herabzusetzen."

v. Auerswald hält die Gründe der Kommission nicht für durchgreifend. Ein kommandirender General sei im Verhältniß zu einem Ober-Präsidenten zu erheblichen Mehrausgaben verpflichtet, und man dürfe daher beide nicht in ihrem Gehalt einander gleichstellen. Würde man die niedern Offiziere fragen, ob sie auf Kosten der höhern Offiziere in ihren Gehaltern verbessert sein wollten, so würde gewiß die überwiegende Majorität mit „Nein" antworten. Jetzt sei überdies nicht der Zeitpunkt, mit den höheren Offizieren um ihren Gehalt zu markten. (Beifall.)

Die Anträge der Kommission werden gleich dem folgenden „die Kammer wolle der Staatsregierung zur Erwägung anheimgeben, ob die Einziehung der Stellen der Brigade-Kommandeure ohne Nachtheil für die Armee erfolgen und dadurch Ersparnisse für den Etat in Aussicht gestellt werden könnten," mit großer Mehrheit verworfen.

Die Ausgabe für die Besoldungen der höhern Befehlshaber in Höhe von 395,700 Thlr., für die Gehälter der Adjutanten des Königs in Höhe von 28,500 Thlr., für den General-Stab in Höhe von 109,172 Thlr., für die Gehälter der Adjutantur in Höhe von 96,564 Thlr., für die Kommandanten und Platzmajore mit 127,932 Thlr., für das Ingenieurkorps mit 197,844 Thlr., für die Artillerie-Offiziere der Plätze mit 32,300 Thlr., für die Etappen-Inspektoren mit 5316 Thlr., für die Militär-Intendanturen mit 110,100 Thlr., und für die Militärgeistlichkeit mit 48,379 Thlr. werden, dem Vorschlage der Kommission gemäß, unverändert genehmigt. Bei den zuletzt erwähnten Ausgaben für die Militärgeistlichkeit beantragt jedoch die Kommission:

„Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß bei einer ferneren Vermehrung der katholischen Militär-Geistlichkeit eine weitere erhebliche Beschwerung des Budgets jeden Falls vermieden werde."

Der Kultus- so wie der Kriegs-Minister verstehen darunter, daß nur eine „übermäßige" Beschwerung des Budgets vermieden werden solle. Sonst müßten sie sich gegen den Antrag erklären, da eine fernere Vermehrung der katholischen Militärgeistlichkeit ohne irgend eine weitere Beschwerung des Budgets sich nur durch eine nicht wünschenswerthe Verminderung der evangelischen Militärgeistlichkeit würde ermöglichen lassen.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Die Ausgaben für die Militär-Justiz-Verwaltung in Höhe von 80,032 Thlr. werden unverändert genehmigt. Die Ausgaben für die Militär-Erziehungs- und Prüfungs-Anstalten werden nach Absetzung von 720 und 400 Thlr. auf 246,971 Thlr. festgestellt. Die Ausgaben für die Militär-Medizinal-Verwaltung ꝛc. mit 72,995 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf., für Unterstützungen mit 18,714 Thlr. und für die Remontirung der Armee mit 469,625 Thlr. werden unverändert genehmigt. Bei den Ausgaben für das Artillerie-Wesen werden von dem Ordinarium 19,720 Thlr. abgesetzt, welche für die Uebungen der Landwehr ausgeworfen sind.

Bei dem Extraordinarium beantragt die Kommission: mit Rücksicht auf die diesjährigen außerordentlichen Kriegslasten die für die Geschützgießereien geforderte Summe von 100,000 Thlr. vom Etat abzusetzen.

Der Kriegsminister widerspricht diesem Antrage sehr lebhaft. Er habe im vorigen Jahre sogar bewilligte Ausgaben zu Bauten u. dergl. vermieden und sich dafür jene 100,000 für die Geschützgießereien vom Finanzminister geben lassen. Wenn ihm jetzt die Kammer diese 100,000 Thlr. wieder entziehe, so sei er doch buchstäblich zwischen zwei Stühle gesetzt. (Heiterkeit.)

Von verschiedenen Abgeordneten wird noch die Nothwendigkeit der Ausgabe für die Geschützgießereien ausgeführt und der Kriegsminister verliest noch eine Denkschrift über die Berliner Geschütz-Gießerei, deren Verlegung nach Spandau von der Regierung beabsichtigt wird.

Abg. Fliegel: Wir haben gesehen, wie es bei der letzten Mobilmachung an den erforderlichen Vorräthen gefehlt hat. Ich wünsche nicht, daß, wenn ein 6. November wiederkehren sollte, uns dann auch die ultima ratio fehlen möge.

Der Kriegsminister berichtigt den Redner dahin, daß bei der letzten Mobilmachung das Dreifache von dem in den Zeughäusern vorhanden gewesen sei, was zur Mobilmachung der gesammten Armee gebraucht werde.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt. Zur Anlegung einer Zündhütchenfabrik in Spandau werden 55,455 Thlr. bewilligt. Bei den Ausgaben für den Bau und die Unterhaltung der Festungen schlägt die Kommission vor: im Ordinario die geforderte Summe von 352,032 Thlr. 17 Sgr. 10 Pf. unverkürzt, im Extraordinario jedoch die verlangten 703,156 Thlr. nur nach Abzug von 150,000 Thlr. mit 553,156 Thlr. zu bewilligen.

Der Kriegsminister widersetzt sich einer solchen Ermäßigung, welche besonders Torgau übel empfinden werde. (Der Brückenkopf und das Fort Zinna bei Torgau sollen nämlich theils hergestellt, theils erweitert werden; dies würde aber bei Absetzung der 150,000 Thlr. nicht möglich sein.)

Die Kammer entscheidet sich nach kurzer Debatte auch für die unverkürzte Bewilligung der im Extraordinario von der Regierung geforderten Summe. Die Servis- und Garnisonsverwaltungskosten werden im Ordinarium nach Absetzung von 5000 Thlrn. auf noch 2,280,280 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. und im Extraordinarium auf die von der Regierung verlangte Summe von 116,000 Thlr. festgestellt. Die Ausgaben für die Bekleidung der Armee und Verwaltung der Montirungs-Depots werden um 1013 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf., und zwar auf 1,445,762 Thlr. 5 Sgr. 9 Pf. ermäßigt. Bei den Ausgaben für die Natural-Verpflegung werden 64,679 Thlr. wegen des Ausfalls der diesjährigen Landwehrübungen abgesetzt. Sie betragen noch 3,829,888 Thlr.

Die Kosten der Verwaltung der Train-Depots ꝛc. werden auf 55,818 Thlr. (d. i. um 650 Thlr.) ermäßigt; die Reisekosten, Tagegelder ꝛc. im unverkürzten Betrage von 300,075 Thlr. genehmigt; die Kosten der Militärkrankenpflege auf 597,108 Thlr. ermäßigt; die Pflege- und Schul-Unterrichtsgelder für Soldatenkinder mit 53,096 Thlr. unverkürzt bewilligt. Ein Antrag der Kommission: die Kammer wolle es für wünschenswerth erklären, daß das paritätische Verhältniß in dem Erziehungshause in Annaburg unter Wiederanstellung eines katholischen Geistlichen ohne höhere Belastung des Etats hergestellt werde, ruft eine lange Debatte ohne allgemeineres Interesse hervor. Er wird vom Regierungskommissar bekämpft, weil ein lokales Bedürfniß zur Herstellung der Parität nicht vorhanden sei.

Das Resultat der Abstimmung, welches durch Zählung ermittelt werden muß, ist folgendes: 103 Abgeordnete haben für und 127 gegen den Antrag gestimmt; derselbe ist also verworfen.

v. Bismark schlägt vor: Bei den Zählungen möchten diejenigen, welche für, und die, welche gegen einen Antrag stimmen wollen, stets auf eine Seite treten, damit die jetzige Unsicherheit im Zählen vermieden werde.

Dem Bismark'schen Vorschlage folgen noch andere, die der Präsident der Geschäftskommission zur Erwägung empfiehlt. Die außerordentlichen Ausgaben bei den jährlichen Uebungen der Truppen werden auf 45,000 Thlr., die Kosten der Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften auf 92,760 Thlr., verschiedene andere Ausgaben auf 19,050 Thlr. festgesetzt.

Die Kammer gelangt nunmehr zum Marinewesen.

Das Marinewesen ruft eine allgemeine Debatte hervor, an welcher sich zunächst der Abg. Wegener betheiligt. Derselbe bittet, das Experimentiren mit einer Marine nicht weiter fortzusetzen, da die Folge davon eine Erhöhung der Matrosenlöhne und ein Herabsinken der Frachtgelder auf ein Minimum gewesen sei.

Der Regierungskommissar giebt eine Uebersicht der Kosten, welche unser Marinewesen bisher verursacht hat. Die Kommission habe vom Marine-Etat 19,453 Thlr. abgesetzt. Diese Summe würde auch dann erspart werden, wenn sie nicht abgesetzt werden sollte, und die Regierung beantrage daher, das Marine-Budget mit den von der Kommission vorgeschlagenen Modifikationen zu genehmigen. Die Kammer nimmt hierauf den Marine-Etat in Höhe von 334,034 Thlr. en bloc an. Die Kosten der Invaliden-Verpflegung werden unverkürzt auf Höhe von 3,078,500 Thlr. bewilligt. Dasselbe geschieht mit den für das Potsdamer große Militär-Waisenhaus ꝛc. geforderten 120,049 Thlr. und dem der Militär-Wittwenkasse zu leistenden Zuschusse von 42,710 Thlr.

Schließlich spricht die Kammer, dem Antrage der Kommission gemäß, die Erwartung aus:

„daß in Anerkennung der ausgezeichneten Dienste der Armee, so wie in Anerkennung der verhältnißmäßig geringen Besoldung der ältern Subaltern-Offiziere, die etwaigen Ersparnisse des Etats an den Besoldungen des Offizier-Korps zur besseren Besoldung der älteren Premier-Lieutenants verwendet werde."

ferner:

„daß dem nächsten Staatshaushalts-Etat eine Uebersicht der Mehrkosten beigefügt werde, welche das Heer für den Fall der Mobilmachung in seinen einzelnen Abtheilungen erfordere."

Hiermit ist die Berathung des Kriegsbudgets beendet.

Schluß ½3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Budget der Post, Bergwerke ꝛc.

Berlin, 13. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Kommandeur der 7. Kavalerie-Brigade, General-Major v. Katte, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; den bisherigen Regierungs-Vice-Präsidenten Freiherrn v. Manteuffel zum Regierungs-Präsidenten in Frankfurt a. d. O., den bisherigen Ober-Regierungs-Rath Freiherrn v. Senden zum Regierungs-Präsidenten in Stralsund und den bisherigen Ober-Regierungs-Rath v. Byern zum Regierungs-Vice-Präsidenten in Königsberg zu ernennen, so wie dem bisherigen Präsidenten der Regierung zu Stralsund, v. Wedell, das Präsidium der Regierung zu Merseburg zu übertragen. — Der Justizrath und Advokat-Anwalt bei dem Landgerichte zu Köln, Esser I., ist in seiner Eigenschaft als Anwalt an den rheinischen Appellations-Gerichtshof in Köln versetzt worden. — Der ordentliche Professor der Theologie, Konsistorial-Rath Dr. Lehnerdt, bisher zu Königsberg in Pr., ist in gleicher Eigenschaft in die theologische Fakultät der königlichen Universität hierselbst versetzt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der königlich hannoversche General-Lieutenant, Prinz Bernhard zu Solms-Braunfels, von Hannover. Abgereist: Se. Excellenz der General der Kavalerie, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, Gesandter in außerordentlichen Mission am königlich hannoverschen Hofe, Graf v. Nostiz, nach Hannover. Se. Excellenz der General-Lieutenant, General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und kommandirender General des 7. Armee-Corps, Graf v. d. Gröben, nach Neudörfchen bei Marienwerder.

≃ **Berlin**, 13. März. [Die Reaktion. — Preußens Politik in Bezug auf Oesterreich.] Man hörte früher, als das System einer entschiedenen Reaktion in Preußen wieder begonnen und als namentlich plötzlich das gegenwärtige Ministerium seine ganze bisherige Politik änderte, vielfach die Aeußerung: es werde erst dann wieder besser werden, wenn auch die Männer, welche einst auf dem vereinigten Landtage zuerst in Preußen für freiere politische Institutionen zu kämpfen begannen, in eine entschiedene Opposition gegen die Regierung würden hineingedrängt sein, denn erst dann würde das Volk erkennen, daß man seit 1848 nichts gelernt und nichts vergessen habe, und dann müsse ein solches System an dem allgemeinen Unwillen schnell zu nichte werden. Dieser Fall ist jetzt nicht blos eingetreten, sondern dieser Zeitpunkt ist lange und weit überschritten. Die Männer des vereinigten Landtages, die 1848 und 1849 sich vor allen Andern muthig auf die Breschen gestellt hatten, um die Interessen des Thrones und des Konservativismus gegen die übermächtige Demokratie zu vertheidigen, die Graf Schwerin, v. Auerswald, v. Vincke, v. Saucken, Camphausen, Hansemann, Harkort, Männer, die durch Geburt, Besitzverhältnisse und Gesittung von Grund aus konservativ sind, sitzen wieder auf den Bänken der äußersten Opposition und mahnen mit allem Ernste tagtäglich, gerade im Interesse der konservativen Verhältnisse den Bogen der Reaktion nicht zu straff zu spannen. Vergebens. Aber wir sind weiter zurückgekommen. Selbst ein Bodelschwingh, der auf dem vereinigten Landtage der so gewandte Vertreter der Regierung war, ein vormärzlicher Minister, erklärt sich bei jeder Gelegenheit entschieden gegen das jetzige System und unterstützt es eben nur noch, wie er oft wiederholt, weil er die geeignete Gelegenheit, es zu stürzen oder doch die offene Differenz zwischen der Volksvertretung und dem Ministerium zur Entscheidung zu bringen, noch nicht für gekommen wähnt. Wollen wir uns aber den Standpunkt, auf dem wir angekommen sind, vergegenwärtigen, so müssen wir leider noch einen Schritt weiter gehen. Dieselben Männer, ohne deren Hilfe im Jahre 1848 die Revolution schwerlich vor dem Throne wäre stehen geblieben, werden wir jetzt eben ihrer politischen Ansichten halber, auf der Anklagebank sehen. Der Abg. Harkort wird wegen seines vielbesprochenen, konfiszirten „Bürger- und Bauernbriefes" vor Gericht erscheinen, und — unerhört bis jetzt in der preußischen Geschichte — einem früheren preußischen Minister, dem einstigen vertrauten Freunde des Königs, der unmittelbar nach der März-Revolution so geschickt die drohenden Schläge abzuleiten wußte, demselben Freihern Heinreich v. Arnim, der am 7. September 1848 von dem Volkshaufen vor der Singakademie wegen seiner Hingabe für die Interessen des Königthums persönlich insultirt wurde, steht soeben dasselbe Schicksal vor. Die gestrige Morgen-Nummer der „Constitutionellen Zeitung" ist wegen einer Rede, die Herr v. Arnim darin hat veröffentlichen lassen, mit Beschlag belegt worden, und der Letztere muß daher unter Anklage gestellt werden. Diese Rede war für die Adreßdebatte in der ersten Kammer bestimmt, und wurde nicht gehalten, weil man bekanntlich vom Erlaß einer Adresse überhaupt abstand; sie enthält eine Beleuchtung der preußischen auswärtigen Politik vom November vorigen Jahres an und ist mit schneidender Schärfe, jedoch in einem sonst ruhigen und besonnenen Tone gegen Herrn v. Manteuffel persönlich gerichtet. In Beziehung auf Klarheit und Präcision des Ausdrucks ist sie ein wahres Meisterstück. Es ist der Eindruck, den die Aussicht auf eine gerichtliche Verfolgung des Frhrn. v. Arnim hier gerade in den höheren Kreisen hervorbringt, schwer zu beschreiben. Schadenfreude und Furcht vor den Folgen halten sich die Waage; derjenige aber, dem das Wohl seines Vaterlandes am Herzen liegt und der die Fortentwickelung sieht, die in sich überstürzender Eile unsere politischen Verhältnisse immer mehr nehmen, der sieht mit Trauer in die Zukunft.

Ich habe mich an kundiger Quelle über die Absichten genauer zu unterrichten gesucht, die man hier hat, wenn nun eine Einigung mit Oesterreich nicht erreicht werden sollte, wenn also wirklich die Rückkehr zum Bundestage noch allein übrig bliebe. Man scheint hier für diesen Fall keineswegs daran zu denken, dann sofort und ohne Weiteres einen Bevollmächtigten nach Frankfurt zu entsenden, um dort an den Sitzungen des Bundestages Theil zu nehmen (die desfallsige Meldung des „Mageb. Correspondenten" in dieser Hinsicht wird mir genau bestätigt), sondern scheint gerade auf die Verlegenheiten Hoffnungen zu bauen, die eine längere Fortdauer des provisorischen Zustandes für Oesterreich haben muß, da ja die Fortführung der ganzen innern Organisation im Kaiserreiche von den Vorfragen über die Stellung von Gesammt-Oesterreich zum deutschen Bunde, über die neue Organisation des deutschen Heerwesens u. s. w. abhängig ist, während die preußische Politik wenigstens so unmittelbar hiervon nicht berührt wird. Das schien mir aber aus den gewordenen Mittheilungen hervorzugehen, daß man durch eine rein negative Haltung gegenwärtig hier noch am ehesten zum Ziele zu gelangen hofft, und demgemäß das Verhalten wenigstens in der nächsten Zeit bemessen wird. Die Vermuthung, **daß England in Betreff der Frage wegen des Eintritts von Gesammt-Oesterreich in den deutschen Bund vollständig Hand in Hand mit Frankreich gehen werde, soll durch eine soeben hier eingegangene Depesche Lord Palmerstons ihre offizielle Bestätigung erhalten.**

Herr v. Minutoli, der neuernannte Generalkonsul für die pyrenäische Halbinsel, reist schon übermorgen auf seinen Posten nach Madrid ab.

[Deutsche Flotte.] In Betreff der Instandhaltung der deutschen Flotte, für welche bis zum 1. Juli d. J. etwa 1,200,000 Fl. erforderlich sind, berichtet die „Spener'sche Zeitung" Folgendes: Es ist gemeldet worden, daß die in Frankfurt vertretenen Regierungen durch einen „Bundesbeschluß" die betreffenden Matrikular-Beiträge ausgeschrieben hätten. Dem Vernehmen nach bestätigt sich dieser etwas seltsame Schritt. Die deutsche Flotte ist Bundes-Eigenthum, und da in Frankfurt nur die kleinere Hälfte der deutschen Regierungen vertreten ist, so kann es der sogenannten Bundesversammlung unmöglich zustehen, sich in eine, das Bundeseigenthum betreffende Angelegenheit zu mischen. Dazu ist die noch faktisch bestehende Bundeskommission da, und auch in dieser Eigenschaft allseitig anerkannt worden. Uebrigens ist auch bis zu dieser Stunde noch kein Heller von den ausgeschriebenen Matrikularbeiträgen eingezahlt worden. Eine Regierung schiebt es auf die andere und erklärt, bezahlen zu wollen, wenn die anderen Regierungen auch bezahlen. Die ganze Angelegenheit läuft auf das hinaus, was über dieselbe von Dresden aus bereits berichtet worden ist, und gerade die in Frankfurt vertretenen Regierungen sind es, die keine weiteren Matrikularbeiträge für die Flotte zahlen zu wollen erklären. Ein definitiver Beschluß in Betreff der Flotte ist zwar noch nicht gefaßt worden, allein in der Weigerung mehrerer oder der meisten Regierungen, ihre Matrikularbeiträge weiter zu zahlen, ist, mit Bezug auf die in allen Bundes-Angelegenheiten nöthige Einstimmigkeit aller Bundesglieder, der definitive Beschluß bereits involvirt, auch hat sich die Marine-Kommission bereits aufgelöst. (Vgl. dagegen Frankfurt a. M.) Des Verhältnisses Preußens zur deutschen Flotte ist bereits früher gedacht worden. Für die Million Thaler, die von der diesseitigen Regierung vorschußweise zur Instandhaltung der deutschen Flotte ausgezahlt worden, dürfte wohl das Meiste von Dem, was von der Flotte noch da ist, in den Besitz Preußens übergehen. Wir hören, daß Seitens der diesseitigen Regierung demnächst die dazu noch nöthigen Schritte gethan werden sollen.

[In Betreff der schleswig-holsteinischen Angelegenheit] hören wir, schreibt die Voss. Ztg., daß ein baldiger definitiver Abschluß derselben wohl noch nicht zu erwarten sein dürfte, da zwischen den Kommissarien des deutschen Bundes und den dänischen Unterhändlern noch mannigfache Differenzen obwalten sollen. Hinsichtlich der Instruktionen der beiden Kommissarien hören wir in Betreff des Hauptpunktes, daß sie angewiesen sind, von den Rechten des deutschen Bundes und von den Rechten Holsteins, so weit dieselben in dem Bundesbeschlusse vom 17. September 1846 gewahrt sind, nichts zu vergeben, wie denn überhaupt dieser Bundesbeschluß deutscherseits als Basis der Unterhandlungen festgestellt ist. Aus diesem Grunde dürfte auch die Einberufung der projektirten Notablen-Versammlung bisher unterblieben sein, da nach den in der Proklamation des Königs von Dänemark vom 14. Juli 1850 aufgestellten Propositionen eine neue Verfassung für Schleswig sowohl als auch für Holstein neu vereinbart werden soll. In Betreff Holsteins aber kann dies deutscherseits nicht zugestanden werden, da, wie gesagt, der Bundesbeschluß vom 17. September 1846 aufrecht erhaltrn werden soll, und eben in diesem Bundesbeschlusse auch die alte holsteinische Verfassung allen etwanigen Eingriffen Dänemarks gegenüber gewahrt ist.

Das C. B. will Folgendes wissen: Es ist dem Grafen Nostiz in Hannover gelungen, das freundschaftliche Verhältniß zwischen dem dortigen und dem hiesigen Hofe vollständig wieder herzustellen. Man ist hierdurch zu der Hoffnung berechtigt, daß die Politik beider Staaten, wie bisher in Dresden, so auch ferner in den deutschen Angelegenheiten eine gemeinsame sein werde. Daß auch in handelspolitischer Beziehung eine Annäherung Preußens und mindestens ein Vertragsverhältniß des Zollvereins zu dem Steuer-Verein in Hannover angebahnt wird, scheint aus der handelspolitischen Mission, mit welcher ein höherer Beamter des Ministeriums des Auswärtigen nach Hannover betraut worden, hervorzugehen. — In Betreff der Erbfolge in Hannover ist in gutunterrichteten Kreisen das Gerücht verbreitet, diese Angelegenheit sei jetzt definitiv dahin regulirt, daß für die Eventualität des Todes des jetzt regierenden Königs, der Kronprinz die Regierung zwar antreten, jedoch sofort zu Gunsten seines Sohnes niederlegen werde, für welchen dann bis zur Mündigkeit eine Regentschaft ernannt werden würde. Man fügt für die Glaubwürdigkeit dieses Arrangements hinzu, dasselbe sei in Folge von Erklärungen der betreffenden Agnaten beliebt worden.

Berlin, 13. März. [Tagesbericht.] Der Legationssekretär Baron von Rosenberg wird wahrscheinlich heute schon nach Wien zurückkehren, und Depeschen an den Grafen Bernstorf mitnehmen. In dem Stand der Verhandlungen mit Oesterreich über die Paritätsfrage hat sich noch nichts wieder verändert. Man erwartet noch im Laufe dieser Woche die Antwort des Wiener Kabinets auf die letzten von hier aus gemachten strikten Erklärungen. Die Mission des Grafen v. Arnim nach Wien ist bekanntlich wieder beanstandet worden. Bis irgend eine klare Entscheidung in der obschwebenden Frage getroffen ist, wird jedenfalls der Graf Bernstorf auf seinem Posten in Wien verbleiben. (B. Z.)

Gestern Abend fand zwischen dem Ministerpräsidenten, Herrn v. Prokesch und General von Thümen eine Konferenz statt, deren Gegenstand die schleswig-holsteinische Angelegenheit war.

Die Minister-Präsidenten Fürst Schwarzenberg und Herr v. d. Pfordten sind mit hohen hessischen Orden dekorirt worden. (C. B.)

Am 11. d. Mts. kamen hier 407 Personen an und reisten 589 ab. Angekommen der k. russische Legationssekretär und Kabinetskurier von Tengoborski von Wien. Abgereist der k. grostbrittanische Kabinetskurier Webster nach Wien, und der k. sardinische Kabinetskurier Lagutaine nach Turin.

Ihre Majestät die Königin haben die Gouvernante der Prinzessin Louise, k. H., von Zastrow, in Anerkennung ihrer langjährigen treuen Pflege derselben während ihrer Krankheit, zur Ehrenstiftsdame des Stifts zu Heiligengrabe zu ernennen geruht. (C. C.)

Magdeburg, 12. März. [Militärisches.] Gestern Nachmittag 4½ Uhr kamen die Quartiermacher der aus Holstein hier durchkommenden k. k. österreichischen Truppen mit dem Bahnzuge von Wittenberge an und erhielten Quartier in der Neustadt. Fast durchgängig waren es Italiener. Nach der über die Durchmärsche erhaltenen Notiz werden heute circa 900, den 13ten d. M. 1000 und am 14. gegen 800 Mann Infanterie passiren. Am 15. wird ein Wagenzug, am 16. Artillerie von circa 300 Mann und 120 Pferde nebst Geschütz und Wagen und am 17. gegen Abend 1 Bataillon Jäger von 600 Mann folgen. Sie werden Nachtquartiere in der Neustadt beziehen und am andern Morgen mit dem Dampfwagen über Leipzig nach Dresden ihren Marsch fortsetzen. (M. C.)

Deutschland.

Dresden, 12. März. Gestern und heute ist die zweite Kommission der Ministerialkonferenz im Brühl'schen Palais versammelt gewesen. Der königl. preußische Staatsminister a. D., Graf v. Alvensleben, ist von Berlin wieder hier eingetroffen. (D. J.)

Frankfurt a. M., 10. März. [Deutsche Flotte. Civil-Ehe.] Wir begegnen wieder häufig in verschiedenen Zeitungen einer Ente in Betreff der deutschen Flotte: Das Marine-Ministerium wird aufgelöst, die Flotte an Preußen überwiesen werden u. s. w. Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß derartige Verhandlungen durchaus noch nicht gepflogen sind. Thatsächlich ist nur, daß aus dem gedachten Ministerium mehrere Druckschriften hervorgegangen sind, welche über den gegenwärtigen Zustand der Flotte Bericht erstatten und die Mittel und Wege angeben, vermöge deren diese Angelegenheit zu ordnen sei; dabei aber auch aussprechen, daß falls die deutschen Regierungen Nichts für die Hebung derselben zu thun gesonnen seien, es allerdings ersprießlicher sein würde, das ganze Institut wieder aufzuheben. Diese Schlußwendung hat vermuthlich zu den oben erwähnten Gerüchten Veranlassung gegeben. — Das Institut der Civilehe ist in unserm Freistaate noch nicht gesichert. Nachdem der Antrag auf Verbot der Ehen zwischen verschiedenen Konfessionen im gesetzgebenden Körper durchgefallen ist, beabsichtigt, wie man hört, die protestantische Geistlichkeit einen Feldzug gegen dieselbe. Ob das Seelenheil der Pfarrkinder oder die Stolgebühren, oder die Besorgniß an Einfluß zu verlieren, hierbei schwerer ins Gewicht fallen, wagen wir nicht zu entscheiden. (Nat. Z.)

Frankfurt a. M., 10. März. [Bundescentralkasse.] In Folge der von den Regierungen erhaltenen Anweisung hat das Bankhaus Rothschild die matricularmäßigen Beiträge zur Bundescentralkasse auch für den Monat März abgeführt. Die von dieser Kasse dagegen auszustellenden Empfangsbescheinigungen sind neben dem Grafen v. Thun von dem preußischen Oberpräsidenten Bötticher und dem österreichischen Hofrath Nell v. Nellenburg als resp. Verwaltungskommissaren unterfertigt. Der Betrag der betreffenden Beiträge berechnet sich nach dem Kostenbelauf der Unterhaltung der Bundes-Festungen und des Materials des Bundeseigenthums, sowie der Fortführung der Arbeiten an den noch im Bau befindlichen Festungswerken. (Frkf. Bl.)

München, 11. März. [Tagesneuigkeiten.] Die Gerüchte, daß das Ministerium nicht mehr feststehe, mehren sich so sehr und werden von so verschiedenen Seiten wiederholt, daß dieselben nicht mehr ignorirt werden können. In welcher Richtung ein neues Kabinet sich bewegen würde, unterliegt keinem Zweifel: die Namen Welden, Zurhein, Schrenk, Bray, Gumpenberg und Prinz, welche man für dasselbe bezeichnet, sprechen für sich selbst. Das der Kammer vorgelegte Budget für die letzten 4 Jahre der laufenden Finanzperiode weist ein jährliches Deficit von 3,500,000 Gulden nach. — Der Abg. Reinhardt von der äußersten Linken, d. h. was man in Baiern unter äußerster Linke versteht, hat, auf das Gerücht hin, daß Herr von der Pfordten in Dresden über 60,000 Gulden verfüge, die Interpellation gestellt: „In Erwägung, daß sich die Anweisung einer so ungeheuer großen Summe durch Nichts rechtfertigen läßt; in fernerer Erwägung, daß es im Lande einen sehr traurigen Eindruck machen muß, so große Summen zu diesem Zwecke zu verwenden, während dem schwer bedrängten Bürger und Landmann die Entschädigung für gehaltene Soldaten bis heute noch nicht vollständig bezahlt ist, so ist es nach meiner innigsten Ueberzeugung Pflicht, an das k. Staatsministerium die Frage zu stellen: Ist es wahr, daß dem Herrn Ministerpräsidenten 60,000 Gulden angewiesen worden sind, um Baiern in Dresden zu vertreten?

In unsern Militärwerkstätten wurden seit der Mobilmachung die Rüstungen noch keinen Augenblick eingestellt, vielmehr deuten die erneuerten Anschaffungen darauf hin, daß man im Kriegsministerium keinen Glauben an einen „ewigen Frieden" hegt. Von Ulm ist eine bedeutende Bestellung von Laffeten hier gemacht worden. Zur Armirung dieser Festung hat die Bundescentralkasse in den jüngsten Tagen sich bis zu einer Baarsendung von 250,000 Fl. angestrengt. (Nürnb. C.)

Darmstadt, 10. März. Die zweite Kammer hat heute wieder ihre erste Sitzung seit dem 13. v. Mts. gehalten. Fast sämmliche Vorlagen der Regierung waren finanzieller Natur.

Hannover, 10. März. [Benutzung der Presse.] Man kann nicht genug darauf hinweisen, welchen Werth man von österreichischer und bairischer Seite auf die Presse legt und wie man ein förmliches Preßkollegium in Wien und München haben muß, um nach geschehener Berathung die in der Taktik der Presse einzunehmende Position sogleich nach allen Richtungen vertelegraphiren zu lassen. Man lese die Note des Fürsten Schwarzenberg und sehe, wie sorgfältig jedes Wort, jede direkte Andeutung auf die Opposition von Seite Preußens vermieden ist, indem es heißt: daß kaum der zehnte Theil der seitherigen Bevölkerung des Bundes jenem Plane widerstrebe. Ganz dieselbe Auffassung, nur noch unverholener, trat im Lloyd, in der Allgemeinen Zeitung und in dem ganzen Schwarm der diesen Organen nachbetenden Presse auf und am entschiedensten in der offiziellen Wiener Reichszeitung. Sehr genau waren überall die allseitig bekannten Thatsachen gleichmäßig weggelassen, gleichmäßig entstellt und verdreht. Dies ist und kann kein Zufall sein, sondern durchdachte und mit großen Mitteln in Bewegung gesetzte Täuschung der öffentlichen Meinung, bei der nur die präcise Ausführung, gepaart mit der systematischen, planmäßigen Durchführung Bewunderung und Staunen erregen muß. Wir möchten nur die Frage an die großen Leiter jener Operation stellen, ob sie wirklich soviel Selbstvertrauen und Befangenheit besitzen, um annehmen zu können, die Massen des gebildetern Theils des deutschen Publikums werden unbedingt die Gläubigen spielen und dieses falsche Geld für gute Münze in Zahlung nehmen? Nein, täuschen sie sich nicht selbst, der Blei- und Kupfergehalt ihres Geldes ist zu offen blosgelegt und man nimmt es nur, um es an den Ladentisch der Krämer festzunageln, damit kein fernerer Gebrauch davon gemacht und bei Gelegenheit Vergleiche angestellt werden können. — Die vielverschrienen Kleinstaaten haben die Fälschung früher bemerkt, als die Fälscher es ahnten, und so haben diese denn mit ihren sehr fein und mühsam ausgesponnenen Planen total Fiasko gemacht. Die Herren sollten sich ein altdeutsches Sprichwort nur recht ernstlich ad notam nehmen. Es heißt: „Ehrlich währt am längsten!" (D. A. Z.)

Hannover, 12. März. [Postverein.] Wie ich in Ihrer gestrigen Nummer lese, hat Dr. Liebe aus Braunschweig Konferenzen in Berlin gehabt, um den Anschluß Braunschweigs an den allgemeinen Postverein zum Abschluß zu bringen. Meines Wissens ist auch der Anschluß Hannovers an denselben schon längst vorbereitet. (Hann. Z.)

Hamburg, 12. März. [Verschiedenes.] Heute sollten 200 brasilianische Angeworbene seewärts gehen, dafür aber 200 gleich Unglückliche aus Berlin hier anlangen. 600 Uniformen ließ Brasilien binnen fünf Tagen hier anfertigen. — Die englischen Nachfragen nach Fleischwaaren dauern hier über das Angebot hinaus fort. London macht diese Aufkäufe für die übergroße Ausstellungswelt.

Rendsburg, 12. März. Der Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch ist bereits gestern Nachmittag per Eisenbahn wieder von hier abgereist. — Bis heute ist der hiesigen Bürger-Artillerie nichts in Betreff einer Auflösung bekannt gemacht. (H. C.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 13. März. In Bezug auf das bevorstehende Erscheinen des neuen Strafgesetzbuchs sind nun noch die besonderen Strafbestimmungen desselben bei Verbrechen durch Druckschriften mitzutheilen. Nach denselben kann, im Falle, wenn ein Verbrechen durch den Inhalt einer Druckschrift begangen wurde, auch auf die Unterdrückung oder Vernichtung der für strafbar erklärten Druckschrift im Ganzen oder eines Theiles derselben, so wie auch die Zerstörung der zu deren Vervielfältigung geeigneten Zurichtung des Satzes, der Platten, Formen, Steine u. dgl. erkannt werden. Diese Verfügungen beziehen sich aber nicht auf jene Exemplare einer Druckschrift, die schon in den Besitz von dritten Personen zum eigenen Gebrauche übergegangen sind. Bei periodischen Druckschriften kann überdieß auf die Einstellung des weiteren Erscheinens derselben bis auf die Dauer von drei Monaten, und bei besonderen erschwerenden Umständen auf die gänzliche Unterdrückung derselben erkannt werden. Bei periodischen Druckschriften, wofür eine Kaution gestellt wurde, kann nebst der gesetzlichen Strafe der gänzliche oder theilweise Verfall der Kaution zu Gunsten des Armenfonds des Ortes, wo die strafbare Handlung begangen wurde, und zwar bei Verbrechen, gegen welche nach dem Gesetze auf eine mehr als fünfjährige Kerkerstrafe erkannt wird, vom halben bis zum vollen Betrage der Kaution, bei solchen Verbrechen, wider welche das Gesetz höchstens eine fünfjährige Kerkerstrafe verhängt, im Betrage von 1000 Gulden bis zur halben Kaution, und bei noch geringer bestraften Verbrechen im Betrage von 500—1000 Gulden im Urtheile ausgesprochen werden.

Die Eisenbahn von Prag nach Dresden wird am 5. April dem allgemeinen Verkehr sowohl für Personen als für Frachtgüter übergeben werden. Die Eröffnungsfahrt findet am 4. April mit großer Feierlichkeit statt, wobei der Prager Handelsstand ein großes Bankett giebt. — Am 1. April beginnt der Frachtenverkehr von Szolnok bis Wien, Oderberg und Bodenbach.

[Die österreichische Cirkularnote] an sämmtliche Agenten bei allen deutschen Höfen macht hier ein großes Aufsehen. Man versichert mir, dieselben hätten den Befehl erhalten, bei Ueberreichung der Note mündlich zu erklären, daß im Falle einer weiteren Zauderhaftigkeit und Uneinigkeit das österreichische Kabinet den Schluß der Konferenzen auf sich nehmen werde, und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in Ausführung zu bringen gesonnen ist. An dem festen Willen und der Entschlossenheit des Fürsten von Schwarzenberg zweifelt hier Niemand, so wie er selbst an seinem Recht, das zu verlangen und zur That zu machen, nicht zweifelt. Man erwartet jede Stunde Depeschen aus Berlin, nach welchen, wie sie immer ausfallen mögen, der Fürst seine Reise nach Dresden antreten wird. — Von der Ankunft des Herrn v. Persigny, den manche Journale heute ankündigten, ist bis zur Stunde nichts bekannt. Es scheint jedoch, daß das Pariser und hiesige Kabinet sich wieder zu nähern suchen, was Sie schon aus einem aufmerksamen Beobachten der hiesigen offiziellen Blätter entnehmen können. Ich glaube, daß in dieser Annäherung dem Präsidenten mehr darum zu thun ist, Oesterreich zu gewinnen, als unserem Kabinett die sogenannte drohende französische Note zu paralysiren. (K. B. a. B.)

Wir erfahren von demselben Wiener Korrespondenten, der uns die Sendung der Cirkularnote schon vor drei Wochen vorausgesagt, daß im Laufe der letzten Tage mehrere Gesandte deutscher Mittelstaaten mit dem Fürsten Schwarzenberg Unterredung gepflogen, und ihm die Versicherung ertheilt haben, daß ihre Souveräne bereit sind, auf die Seite Oesterreichs zu treten, sobald dasselbe ihnen die ungeschmälerte Souveränetät garantirt. Der Ministerpräsident wird höchst wahrscheinlich binnen Kurzem eine peremptorische Erklärung über die deutsche Frage abgeben, und hiebei von der Majorität der deutschen Regierungen unterstützt sein. Zwischen Berlin und Wien herrscht ununterbrochener Kourierwechsel. Es dürfte vielleicht dahin kommen, daß Fürst Schwarzenberg sich bereit erklärt, mit seinen Vorschlägen vor den Bundestag, (den doch auch Preußen jetzt verlangt) zu treten, weil die österrreichische Regierung auch dort des Erfolges sicher sein kann. (Deutsch. Z. a. B.)

Großbritannien.

London, 10. März. [Adresse.] Das Dubliner Blatt „Freemann" veröffentlicht die Adresse, welche die katholischen Bischöfe und Erzbischöfe Irlands an die Königin wider die katholische Bill gerichtet, worin es heißt: „Mit unaussprechlichem Leid haben wir erfahren, daß man die innere Veränderung, welche der Pontifex in der geistlichen Organisation unserer Kirche vorgenommen, eine Aenderung, welche wir in vollkommenem Einklang mit jedweder Pflicht halten, welche die reinsten Gefühle von Loyalität heischen möchten — als einen Eingriff auf Ihrer Majestät königliche Suprematie dargestellt hat. Wir erlauben uns, unterthänigst Ihr. Majestät zu versichern, daß wir durchaus jeden Versuch verdammen, der dahin ginge, die Autorität J. M. als unseres höchsten weltlichen Souverains anzutasten. Die Katholiken dieser Königreiche schulden, und in tiefster Aufrichtigkeit ihrer Herzen bekennen sie sich dazu, freudig höchsten und ungetheilten Gehorsam Ew. Majestät in allen weltlichen Dingen, und doch, dieweil wir nicht gegen unser Gewissen darin handeln können, daß wir J. Majestät in geistlichen Dingen das einräumten, was unseres Dafürhaltens ausschließlich Gott zukommt, ist ein Gesetzentwurf im Parlament vorgelegt worden, dessen ausgesprochener Zweck darin besteht, unsere Hierarchie zu unterdrücken, und der zu dem Ende also gefaßt ist, daß er im höchsten Grade die Beobachtung unserer kirchlichen Disziplin für straffällig erklärt, wie auch dahin zielt, unsere milden Fonds zu konfisziren. Ein solches Gesetz, dies erlauben wir uns auf das Ehrfurchtsvollste Ew. Maj. zu betheuern, würde auf das Peinlichste Ew. Maj. treueste und loyale Unterthanen, die Katholiken der vereinigten Königreiche unterdrücken, und würde durchaus jene Prinzipien religiöser Freiheit zerstören, die Ihre Maj. vom Throne zu verkünden geruhten, Prinzipien, die auf Ihre Majestät übergegangen, als ein kostbares Erbtheil dero berühmten Vaters, Prinzipien, mit denen Ihre Majestät aufgewachsen, und die in Ihrem königlichen Herzen durch das weise Urtheil eines erleuchteten Geistes und die milden Gefühle eines Herzens gekräftigt werden, welches sich nach Beglückung aller seiner Unterthanen sehnt." Staatssekretär Grey hat dem Erzbischof Murray die Mittheilung gemacht, daß die Königin diese Adresse gnädig aufgenommen habe.

(*) **London**, 11. März. [Parlament. — Verschiedenes.] In der gestrigen Sitzung beschäftigte sich das Unterhaus mit dem Kaffernkrieg. Lord John Russell hatte in der jüngsten Sitzung erklärt, daß die Kolonie sämmtliche Kosten des neuen Krieges werde tragen müssen. Hierüber wurde er gestern von Hume angegriffen. Das Haus faßte jedoch über diesen Punkt keinen Entschluß. Lord Russell kündigte an, daß er nächsten Freitag die Bill Betreffs des Judeneides einbringen werde.

Hierauf beantragte Sir Francis Baring, erster Admiralitäts-Lord, die Subsidien für die Marine zu votiren. Die vorgeschlagene Ziffer der Matrosen und Soldaten ist 39,000. Hume wollte sie amendiren auf 30,000. Das Haus hat jedoch das Projekt des Gouvernements votirt und das Amendement Hume mit 169 Stimmen gegen 61 verworfen. Die beantragte Summe für das Marine-Budget beläuft sich auf 5,727,259 Pfd. St.; obgleich bedeutend, ist sie doch um 180,000 Pfd. St. geringer, als im vorigen Jahre.

Ich habe in meinem letzten Schreiben gemeldet, daß bedeutende Verstärkungen nach Kaffranien, diesem englischen Algerien, geschickt würden. In den 30 Jahren, seitdem die Kolonie vom Kap der guten Hoffnung aus den Händen Hollands in die von England übergegangen ist, hat das Letztere vier blutige Kriege gegen die Wilden Afrika's zu führen gehabt. Der verletzte hat 500,000 Pfd. St. gekostet, und der letzte 2 Mill. Pfund.

Zwei Punkte sind es vorzugsweise, die das Gouvernement in dieser Angelegenheit beschäftigen: die wilden Angriffe strafen, die durch sie den englischen Waffen zugefügte Beleidigung rächen, und den Kolonisten die Kriegskosten auflegen. Man bedauert, daß die Kolonie nämlich keine repräsentative Verfassung hat, welche es leichter machte, den Krieg auf Kosten der Kolonie zu führen.

Wenn das Parlament in der gegenwärtigen Session aus den Partei- und Portefeuille-Debatten herauskommen sollte, so wird es sich gewiß damit befassen, der Kolonie eine Konstitution zu geben, da die beiden letzten Kriege die Kolonie auf Unkosten des Mutterlandes beträchtlich bereichert haben.

Das „Morning Advertiser" versichert, daß Lord Stanley in Uebereinstimmung mit den Chefs der konservativen Pairs beschlossen hat, die antipapistische Bill zu verwerfen. Der Lord würde aber seine Opposition nicht auf eine einfache Negation beschränken, sondern den Antrag stellen, auf Bildung einer Spezialkommission von Pairs, welche die Verhältnisse zwischen den Katholiken Englands, Irlands und der andern Staaten untersuchen soll. Der Lord soll sich bereits mit Personen in Rapport gesetzt haben, welche die Untersuchung zu beleuchten fähig sind. Das Resultat hiervon wäre, daß die in Rede stehende Frage nicht nur für diese Session, sondern für alle Zukunft beseitigt wäre.

Prinz Albert wird gegenüber dem Ausstellungs-Palais ein Modell-Haus für vier Familien auf eigene Kosten bauen lassen. Es muß anerkannt werden, daß der edle Prinz die Muße, welche ihm seine hohe Stellung gewährt, nicht besser anwenden kann, als er es thut. Seiner Initiative ist die Ausstellung zu verdanken, welche in 6 Wochen die Industrie-Produkte der ganzen Welt vereinigen wird, und das Beispiel, das er nun giebt zu Gunsten der Verbesserung des Schicksals armer Familien, wird viel Nachahmung finden.

Unter den Artikeln für die Ausstellung aus Newyork befindet sich ein Ballen Baumwolle von 480 Pfund, deren Feinheit der der Seide gleichkommt; der Produzent bietet sie der Königin Victoria zum Geschenke.

Frankreich.

× **Paris**, 11. März. [Tagesbericht.] Die neuesten Mittheilungen über die Ministerkrisis werden heute von „l'Ordre" gegeben. Das Journal meldet, daß die Herren Fould und Persigny mit der Bildung eines Kabinets beauftragt sind.

Odilon Barrot soll entschieden erklärt haben, in kein Kabinet mit Baroche und Fould eintreten zu wollen, und zwar nicht wegen persönlicher Antipathie, sondern wegen des vorauszusehenden Widerstandes der Majorität. Gewiß scheint nun aber jedenfalls zu sein, daß man mit dem provisorischen Kabinet ein Ende machen will, da aus allen Departements geschrieben wird, daß das Interim der Popularität des Präsidenten sehr nachtheilig ist.

Morgen wird der Präsident eine Revue über mehrere Regimenter der hiesigen Garnison halten. Eine Note aus dem Büreau der Präsidentschaft theilt nun heute mit, daß den Truppen verboten worden ist, irgend einen Ruf unter den Waffen auszustoßen. Wie es scheint, fürchtet man im Elysée, daß das Schweigen der Truppen, wenn es nicht erklärt würde, als ein Zeichen des Mangels an Sympathie angesehen werden könnte.

Hr. Berryer hat eine seltsame Proposition eingebracht Er beantragt, daß die vielgenannte, von der provisorischen Regierung dekretirte Steuer von 45 Cent. innerhalb 4 Jahren zurückgezahlt, und durch Wiedereinführung der Salzsteuer ersetzt werde. Dieser Antrag ist offenbar nichts Anderes, als eine politische Reklame des Hrn. Berryer zu Gunsten seiner Partei. Von finanziellem Gesichtspunkte aus betrachtet, wäre dies eine unheilvolle Maßregel für den Staatsschatz, für die Besteuerten hingegen in ein solches Minimum sich verwandeln, daß sie es kaum merken würden. Einige Cent. jedes Jahr, das wäre Alles. Die Proposition Berryers ist demnach in Wahrheit nur eine kleine Komödie, die der legitimistischen Partei den Profit nicht einbringen wird, den sie etwa davon erwarten mag. Diese Partei bedarf gar anderer Dinge, um Popularität in Frankreich zu erlangen.

Große Sensation macht heute ein Artikel im „Journal des Débats," der dem Fusionsprojekt den Todesstoß giebt. Man weiß, daß dieser Artikel eine Inspiration eines Schreibens des Prinzen von Joinville ist, und betrachtet ihn daher als ein Manifest gegenüber dem vor Kurzem erlassenen Manifeste des Grafen von Chambord. Ich theile Ihnen diesen bemerkenswerthen Artikel im Auszuge mit:

„Von allen Seiten hören wir das Fusionsprojekt diskutiren. Nehmen es die Prinzen von Orleans an? Lehnen sie es ab? Werden sie nichts thun, um den Avancen des Herzogs von Bordeaux entgegenzukommen und um in den Geist des Schreibens von Venedig einzugehen? Man verlangt von ihnen einen Schritt, dem die Einen alles Bittere nehmen wollen, den er für die Söhne des Königs Louis Philipps haben könnte, den Andere wiederum, im Gegentheil, so demüthigend als möglich machen wollen. Die Ersteren sind fein und verbindlich, diese Gerechtigkeit muß man ihnen widerfahren lassen, und nach ihnen geschah es aus purem Respekt, daß Herr Berryer bei der Debatte über die Exil-Frage die Prinzen von Orleans mit dem Herzog von Bordeaux so gewandt zusammengestellt hat. Die Andern führen Beleidigungen und Drohungen im Munde; sie verlangen eine sofortige, absolute Unterwerfung, ein formelles Desaveu von 1830 und den 18 Regierungsjahren; wenn nicht, so handele es sich für die Prinzen von Orleans um nichts Geringeres, als ihre eventuellen Rechte auf die Succession des Herzogs von Bordeaux an die spanische Linie zu übertragen.

„Wir sind nicht beauftragt, für die Prinzen von Orleans zu antworten; aber man wird uns gestatten, zu erklären, wie wir ihre Position, ihr Interesse, oder vielmehr ihre Pflicht gegen Frankreich, gegen das Angedenken ihres Vaters, gegen sich selbst auffassen. Von diesem dreifachen Gesichtspunkte aus scheint uns die Haltung der Prinzen sehr einfach, denn sie weist darauf hin, daß sie verbleiben, was sie sind, und abwarten. Der Herzog von Bordeaux hat in seinem Schreiben aus Venedig liberale Gesinnungen ausgedrückt, die ihm Ehre machen, und deren Manifestation durch das vorangegangene Circulair aus Wiesbaden vielleicht nothwendig geworden war. Durch ihre Geburt, durch die Geschichte ihrer Familie, durch die ihres Vaters, repräsentiren die Prinzen von Orleans nothwendigerweise die liberale und konstitutionelle Monarchie; sie können niemals eine andere repräsentiren, sie könnten es nur mit dem Aufgeben ihrer selbst. Der Herzog von Bordeaux ist, was man einen Prätendenten nennt; er hat ein Recht, welches ihm überall folgt, dergestalt, daß er den Fuß nicht auf französischen Boden setzen könnte, ohne, wie es Herr Berryer gesagt hat, gleich als König da zu sein! Die Prinzen von Orleans sind keine Prätendenten. Sie werden der Rückkehr des Herzogs von Bordeaux, wenn Frankreich ihn ruft, sicherlich kein Hinderniß in den Weg legen; sie haben keine Rechte den seinigen entgegen zu setzen; aber wie sie keine haben, so erkennen sie auch Niemandem welche zu gegen den Willen der Nation. Mit einem Worte, die Prinzen von Orleans haben nur eine Position, diejenige, die ihnen von ihrem Vater übergeben worden ist, und diese Position ist, den Befehlen Frankreichs zu gehorchen und keine absolute Verpflichtung, als gegen das Land zu haben.

„Sich enthalten und ruhig verbleiben, dies ist die Haltung, welche Ehre und Pflicht den Prinzen von Orleans vorschreiben. Bräuchen wir es erst zu sagen, daß man ihnen niemals Etwas entreißen wird, das einem Desaveu des seligen Königs, ihres Vaters, gleichkäme, einem Desaveu der nationalen Gefühle, welche sie mit dem Blute empfangen, und welche das Unglück nicht aus ihrem Herzen zu reißen vermochte? Welchen Akt der Unterwerfung verlangt man von ihnen? Wir wiederholen es: sie selbst verlangen für sich nichts. Sie haben keine persönlichen Prätentionen. Für wen sollen sie sich unterwerfen? Für ihre Parteigänger? Aber sie haben keine Parteigänger mehr in der engen Bedeutung des Wortes, sie haben Freunde, sie haben das Andenken, welches eine 18jährige Regierung, bezeichnet durch das öffentliche Wohl und die Tugenden einer königl. Familie in das Herz Frankreichs eingegraben hat. Frankreich wird orleanistisch sein, aber es wird keine orleanistische Partei in Frankreich geben. Sollen sich die Prinzen von Orleans für Frankreich unterwerfen, für das Frankreich von 89, für das Frankreich von 1830? Ist es Frankreich, das sie desavouiren sollen? Sie haben nicht das Recht es zu thun, sie haben auch nicht den Willen dazu, und wenn sie es thäten, so gäbe es im Gefolge des Herzogs von Bordeaux nur einige legitime Prinzen mehr, und keine mehr aus dem Hause Orleans; wer würde dabei vorwärts kommen? Niemand, selbst nicht die Monarchie, welche eine Chance weniger hätte, sich zu erheben, da sie nur durch den Herzog von Bordeaux repräsentirt würde, auch nicht die Legitimität, der es immer noch verbliebe, Frankreich zu erobern.

„Die Fusion wird nur eine Wahrheit werden, wenn Frankreich sie will und ausführt, und wenn sie sich in den Herzen Aller vollzieht, ehe sie in dem Munde Einiger ist. Die Fusion zwischen den königl. Familien wird sehr leicht sein, wenn Frankreich den Vertrag unterzeichnet haben wird. Wir antworten im Voraus für die Prinzen von Orleans, daß der Artikel ihrer Interessen nicht um eine Minute die Erfüllung des allgemeinen Wunsches aufhalten wird. Sie werden natürlich ihre Qualität als Prinzen von Geblüt haben, was ihnen Frankreich bei der Wiederherstellung der Monarchie gewiß nicht wird nehmen und Niemand ihnen streitig machen wollen.

„Für jetzt, wenn sie etwas gegen die Fusion thäten, so hätte man das Recht, es ihnen vorzuwerfen; man könnte glauben, daß sie im Interesse persönlichen Ehrgeizes eines der Rettungsmittel Frankreichs beseitigen, und daß sie Alles oder Nichts wollen, — eine verabscheuungswerthe Politik! Aber ihnen ihr Schweigen vorzuwerfen, ihnen als ein Verbrechen anzurechnen, daß sie sich ruhig verhalten, sich darüber zu entrüsten, daß sie nicht unter irgend einer Form einen Akt der Unterwerfung unter ein anderes Prinzip als das der nationalen Souveränetät vollziehen, daß sie nicht das Angedenken des Königs ihres Vaters desavouiren, daß sie nicht sich selbst desavouiren, mit einem Worte, daß sie gemäß der Tradition ihrer Familie, den Willen Frankreichs abwarten und ihm nicht den ihrigen diktiren, dies ist unserer Ansicht nach weder vernünftig, noch gerecht. Wenn im Uebrigen das Schreiben des Herzogs von Bordeaux als eine freundschaftliche Aufforderung gelten konnte, so wird man zugeben, daß das Votum vom 1. März (Verwerfung des Cretonschen Antrags) und die Rede des Herrn Berryer in der Exilsfrage keine Anerkennung gebieten. Die Fusion wird sich vollziehen, wenn sie Gott und dem Lande gefallen wird.

„Dies haben wir ein für allemal über diese ernstliche Frage sagen wollen."

Eine bemerkenswerthe Note über denselben Gegenstand enthält der „Constitutionnel": „Wenn wir gut unterrichtet sind, und wir glauben es zu sein, so haben die Prinzen von Orleans, befragt über einen Gegenstand, der sie in einem hohen Grade interessirt, die Erklärung abgegeben, nur auf dem Boden Frankreichs zu unterhandeln und jeder Politik fern zu bleiben, so lange sie sich außerhalb ihres Landes befinden. Diese in den entschiedensten Ausdrücken gegebene Erklärung ist nicht von einem alten Datum; sie ist ganz neu, sie ist jünger, als das Votum der National-Versammlung über die Proposition Creton."

Aus Genf wird gemeldet, daß die Maßregeln für die Fortschaffung der Flüchtlinge dieses Mal mit Energie durchgeführt werden. Man hatte ihnen vorgeschlagen, sich nach Amerika einzuschiffen, aber keiner von ihnen hat angenommen. Es scheint, daß Alle ohne Ausnahme nach England eingeschifft sein wollen. Eine Anzahl wird den Weg über Frankreich nehmen, und es sind bereits Befehle gegeben, daß diese Durchreise mit Ordnung vor sich gehen kann.

Italien.

N. B. Nach Berichten aus dem Kirchenstaate sind die Oesterreicher bis Spoleto und selbst Civita-Castellana vorgerückt, wo früher die Franzosen Garnison hielten. Man weiß nicht, ob die Oesterreicher auf die Aufforderung der päpstlichen Regierung oder von selbst gekommen sind. So viel steht jedoch fest, daß Kardinal Antonelli nach Wien um Verringerung des österreichischen Expeditionscorps geschrieben, vom Fürsten Schwarzenberg aber die Antwort erhielt, daß die Macht der Herren Bedini und Amat keine zwei Tage dauern würde, wenn die Oesterreicher die Marken und die Romagna verließen. — Seit dem Erfolge der Mazzinischen Anleihe wurde die österreichische Armee um 6000 Mann verstärkt. — Der Papst hat den Vorschlag einer englischen Gesellschaft angenommen, eine Eisenbahn von Ankona nach Triest über Bologna und Ferrara zu führen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 6. März. [Statistisches.] Soeben ist mit fürstbischöflicher Genehmigung der (vom fürstbischöfl. Geheimsekretär Paintner bearbeitete) „Schematismus des Bisthums Breslau und der katholischen Militärseelsorge der königl. preuß. Armeen für das Jahr 1851, mit näheren statistischen Angaben über geistliche Stellen und Personen," herausgekommen, aus welchem wir folgende statistische Mittheilungen zusammenstellen.

Das Bisthum Breslau zerfällt in zwei große Theile: den königl. preußischen (die Provinz Schlesien mit Ausnahme der Grafschaft Glaz mit 46 Pfarreien, 8 Lokalien, 142 Kaplaneien mit 140,212 Seelen, welche zur Erzdiözese Prag, und des Kommissariats-Distrikts Katscher mit 4 Dekanaten, 39 Pfarreien, 9 Lokalien, 31 Kaplaneien mit 96,357 Katholiken, welche zur Erzdiözese Olmütz gehören, die Mark Brandenburg und die Provinz Pommern umfassend), und den kaiserl. königl. österreichischen Antheil. Ersterer, der k. preuß. Antheil, wird weiter abgetheilt in 10 fürstbischöfliche Kommissariate (Breslau, Gr.-Glogau, Hirschberg, Jauer, Münsterberg, Neisse, Oppeln, Pleß, Ratibor und Trachenberg) und die fürstbischöfliche Delegatur für die Mark Brandenburg und Pommern; die genannten 10 fürstbischöfl. Kommissariate umfassen 72 Archipresbyteriate mit einer katholischen Bevölkerung von 1,206,870 Seelen, worunter 1044 Priester aller Rangordnungen sich befinden; die fürstbischöfliche Delegatur aber zählt 8 Pfarreien und 4 Lokalien mit 18 Priestern und einer katholischen Bevölkerung von 37,181 Seelen, so daß also die Breslauer Diözese, kgl. preuß. Antheils, überhaupt eine katholische Bevölkerung von 1,244,051 Seelen mit 1062 Priestern in sich begreift. Zählt man hierzu, unter Abzug der Katholiken des Delegaturbezirks, die katholischen Bewohner der Grafschaft Glaz und des Distrikts Katscher, so ergiebt sich für die k. preuß. Provinz Schlesien eine katholische Bevölkerung von 1,443,439 Seelen, d. i. nahe an eine und eine halbe Million Katholiken.

Klöster und klösterliche Anstalten besitzt die breslauer Diözese preuß. Antheils 15, nämlich: 4 Klöster der barmherzigen Brüder zu Breslau, Neustadt O. S., Pilchowitz und Frankenstein (erst im Jahre 1850 eröffnet); 2 Frauenklöster vom Orden der h. Ursula zu Breslau und Schweidnitz; 1 Kloster der Elisabetinerinnen zu Breslau; 1 Central-Frauenkloster zu Liebenthal, woselbst auch 7 Ursuliner-Jungfrauen aus dem betreffenden Kloster in Breslau sich befinden und ein Pensionat, ein Waisenhaus und eine Industrie- und Elementar-Mädchenschule leiten; 1 Kloster vom Orden der heil. Magdalena von der Buße zu Lauban, welches sich auch mit weiblicher Krankenpflege beschäftigt; 1 katholisches Krankenhaus und Hospital unter der Leitung von barmherzigen Schwestern aus dem Orden des h. Carl Borromäus zu Berlin; 1 dergleichen Hospital zu Neisse und 1 zu Pauliner-Wiese bei Ob. Glogau, letzteres im vorigen Jahre erst eröffnet; ferner ein provis. Waisenhaus unter der Leitung von barmherzigen Schwestern aus dem Orden des h. Vincenz von Paul zu Ratibor, und endlich 1 Krankenhaus zu Ratibor und 1 zu Beuthen O. S., welches letztere gleichfalls erst i. J. 1850 unter die Leitung von Ordensschwestern gestellt worden ist; beide unter Leitung von barmherzigen Schwestern aus dem letztgenannten Orden. In sämmtlichen Häusern befinden sich 44 barmherzige Brüder und 162 Klosterfrauen.

Seit dem Jahre 1849 wurden 2 neue Pfarreien zu Kottbus und Kamitz (durch Trennung von Gostiz) errichtet und die ehemaligen Curatien und Lokalien zu Silberberg, Mönchmotschelnitz, Körnitz, Brandenburg und Stargard zu selbstständigen Pfarreien erhoben; neue Lokalien aber wurden gegründet zu Ober-Haselbach, Ruderswalde, Georgenberg und im Delegaturbezirk zu Hoppenwalde, Neuruppin, Prenzlau und Wriezen.

Priester wurden im Jahre 1849 geweiht 39, im J. 1850 32 = 71; dagegen starben im J. 1849 32, im J. 1850 29 = 61 Geistliche, so daß sich aus diesen beiden Jahren ein Zuwachs von 10 Priestern ergiebt. — Das 50jährige Priester-Jubiläum haben am Ende des Jahres 1850 schon zurückgelegt 27 Geistliche, wogegen es im J. 1851 6 Priester, so Gott will, erreichen werden.

Das Bisthum Breslau, k. k. österreichischen Antheils, zerfällt in 2 fürstbischöfliche Kommissariate: Teschen und Neisse, mit 12 Archipresbyteraten. Es zählt dieser Bisthums-Antheil 209,977 Seelen mit 183 Priestern, 13 barmherzigen Brüdern und 11 Klosterfrauen. Rechnet man nun die zum Bisthum Breslau gehörigen Katholiken beider, des preußischen und österreichischen Antheils zusammen, so ergiebt sich eine Gesammtsumme von 1,454,028 Seelen, mit 1255 (incl. 10 Militär-Seelsorgern) Priestern.

Klöster besitzt dieser Bisthums-Antheil 3, nämlich: 1 Piaristen-Kollegium zu Weißwasser, woselbst sich 5 Priester befinden, die zugleich die Pfarrei und Seelsorge dort verwalten; 1 Kloster der barmherzigen Brüder zu Teschen und 1 Kloster der Elisabetinerinnen, ebenfalls zu Teschen.

In den letzten beiden Jahren starben im österreichischen Antheil 9 Priester; Jubilarpriester aber befinden sich daselbst 3.

Dem heurigen Schematismus ist noch ein Anhang über den „vorläufigen Stand der katholischen Militärseelsorge für die k. preuß. Armeen zu Anfang des J. 1851" beigefügt. Das Ganze zeigt, daß eben erst ein schwacher Anfang mit der desfallsigen Fürsorge für das kath. Militär in Preußen gemacht worden ist. Die Organisation der katholischen Militär-Seelsorge nach paritätischen Grundsätzen ist zwar begonnen, aber noch durchaus unvollendet. Als „provisorischer apostolischer Delegat" für die kgl. preuß. Armeen ist Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Kardinal und Fürstbischof von Breslau von Sr. päpstlichen Heiligkeit mittelst Breves vom 24. Oktober 1849 ernannt worden. Für jetzt giebt es 5 katholische Divisions-Geistliche bei der 10., 13., 14., 15. und 16. Division, und 5 Garnison-Pfarrer, wovon, einschließlich des Invalidenhaus-Geistlichen, zu Berlin zwei, zu Koblenz, Luxemburg und Neisse mit Glaz je einer wirken. Für das Jahr 1851 ist die Anstellung des Feldprobstes und von 8 Divisions-Geistlichen beantragt. Außerdem sind in den einzelnen Garnisons-Orten der verschiedenen Diöcesen die betreffenden Ortspfarrer mit der Wahrnehmung der katholischen Militärseelsorge beauftragt worden. — Nach den Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin gab es am Ende des Jahres 1849 in Preußen überhaupt 199,012 Militär-Personen, oder, unter Zurechnung ihrer Angehörigen 249,366, worunter sich 75,245 Katholiken befanden. (Schles. Kirchenbl.)

Breslau, 9. März. [Evang.-lutherischer Verein.] Mäßig voll. Anfang gegen ¼ auf 6 Uhr. Vorsitzer: Stäubler. — Wachler: Nicht von außen, vielmehr von innen heraus soll die evang. Kirche ihr Heil erwarten. Doch ist die äußere Verfassung keineswegs gleichgiltig. In neueren Tagen hat man mit der Idee einer solchen nicht wenig sich zu schaffen gemacht. Viele haben eine repräsentative Verfassung mit korporativen Rechten im Auge gehabt. Auch hierorts sind mannigfache Wünsche dafür laut geworden. Unsere gute Stadt hat bei dieser Gelegenheit sich einen — Namen gemacht. Bei der zweiten Kammer war eine Petition „von einer Anzahl von Einwohnern der Stadt Breslau" eingelaufen, den Artikel 15 der Verfassung betreffend. — Was Nr. 41 und 42 dieser Ztg. darüber bereits berichtet hat, wurde von Wachler wiederholt. Hier Solches noch einmal zu wiederholen, scheint überflüssig. Die, welche für Selbstständigkeit der evang. Kirche sich interessiren, mögen das dort Mitgetheilte nachlesen, um das hier Nachfolgende zu verstehen. Bei der ungemeinen Wichtigkeit der Sache erlaubt sich Ref. dieses nach Wachlers Vortrage hier darzustellen. Es soll eine Ergänzung und Erweiterung des in jenen beiden Nummern schon Berührten sein. — v. Patow: Die Kammer hat darüber zu wachen, daß alle Artikel der Verfassung zur Ausführung kommen. Die fragliche Angelegenheit greift tief ins Lebensein. Ein anderer Abgeordneter: Die unterschriebenen „Einwohner Breslau's" sind nicht Vertreter der Gesammtkirche; ihre Befugniß dazu ist nicht nachweislich. Die Petition ist nur ein Versuch Einzelner, wie die Kammer bei dem Antrage sich benehmen werde. Die schlagendste Erwiderung liefert Landsermann (ein königl. Beamter, der, wie Jeder aus solchem Stande, allerlei Rücksichten zu nehmen hat; bei der General-Versammlung des Gustav-Adolph-Vereins vor ein paar Jahren in hiesiger Hofkirche gegenwärtig) aus Koblenz: Die Kammer ist keine Synode. Und wer sind die Petenten? Ein Haufe von Namen, unbeglaubigt. Es ist nicht einmal ersichtlich, ob sie der evang. Kirche angehören. Es fehlt ihnen der Beruf, als Vertreter derselben sich aufzuwerfen. Auch ist der Instanzengang vernachlässigt. Erst ihre Behörden hätten sie angehen sollen. Der gesetzlich angeordnete Weg ist umgangen. Und der Sinn der Petition? Die Kammer soll ihren Wünschen nachkommen. Wenn nun einer Anzahl Katholiken es eingefallen wäre, auf Aenderung der Macht des Bischofs oder der Ehelosigkeit der Priester, als der kathol. Kirche unangemessen, anzutragen: würden die Kammern darauf eingegangen sein? Der Ober-Kirchenrath ist rechtmäßig eingesetzt, denn er ist bestellt durch den König. Dieser ist faktisch der oberste Leiter der (königlich preußischen) evang. Kirche. Ja der Ober-Kirchenrath ist auch anerkannt, und zwar von den Provinzial-Synoden der Rheinlande und Westfalens. Eine General-Synode aus Urwahlen, auf der man besteht, wird nun und nimmermehr zu Stande kommen. Was in staatlicher Beziehung aus ähnlichem Experimente erwächst, hat man zur Genüge erfahren. Auch regiert der Ober-Kirchenrath keineswegs willkürlich. Er hat die Rathschläge Kundiger eingeholt. Er hat unter die gesetzlichen Bestimmungen der Kirche sich gestellt. Urlichs: Schon Ladenberg erklärte, der Staat werde die Rechte der Kirche nur in kompetente Hände überliefern. Ein Superintendent (auch ein königlicher Beamte): Wohl hat die evang. Kirche eine Verfassung; wie hätte sie sonst bestehen können von der Reformationszeit bis hierher? Es kann sich bloß um die Frage handeln: Welche Verfassung ist die ihr entsprechendste und heilsamste? Der dafür jetzt eingeschlagene Weg ist zwar ein langsamer, aber sicherer. Wollte die Kammer in die Angelegenheit sich mischen, so würde sie Art. 15 ebendadurch gerade verletzen und aufheben. — Die ausführliche und unzweideutige Erklärung des Ministers von Raumer über die fragliche Angelegenheit wurde vorgelesen. — Wie ruhig und gemessen vorstehender Bericht des Vortragenden sich auch hielt; so schimmerte doch unverkennbar das Wohlgefallen des Letztern durch an der Wendung, welche die Petition aus Breslau in Berlin genommen hat. Es wäre Verläumdung, zu behaupten, der evang.-lutherische Verein habe irgendwie Theil an dieser Petition. Uebrigens hat Ref. keine der Unterschriften gesehen, auch denselben seinen Namen nicht beigefügt, aus der niederbeugenden Ueberzeugung, daß unter den herrschenden Umständen dergleichen Anträge, wie der vorliegende Fall beweiset, erfolglos bleiben. — Schließlich ermahnte der Redner, nicht stürmisch in der Sache vorzuschreiten, sondern ohne Hast vertrauensvoll die ruhige, allmälige Entwickelung derselben abzuwarten. Der Vorsitzer frug, ob irgend Jemand noch hierüber sich äußern wolle, vergebens! Alles blieb stumm, trotz dem, daß der Gegenstand eine Lebensfrage ist. Qui tacet, consentire videtur. Wachler empfahl einige Traktätchen, welche für 8 Pfennige abgelassen werden können. Ein Mehrbetrag kommt Bethanien zu gute. Drei eingegangene Fragen sollen nächstens beantwortet werden. Die eine berührt die auffallende, lediglich hier übliche Gewohnheit Vieler, nach vollendetem Gottesdienste gegen den Altar hin sich zu bewegen. Da auf die Frage, ob Jemand noch irgend Etwas mitzutheilen gesonnen sei, eine allgemeine Stille antwortete, so wurden die Verhandlungen schon bald nach ¼ auf 7 Uhr geschlossen. E. a. w. E.

Aus der Provinz, im März. [Innere Mission.] Der Bewilligung steuerfreier Erlaubnißscheine zum Kolportiren mit Erbauungsschriften für qualifizirte Individuen unter spezieller Kontrole der Regierungen, ist bereits in Nr. 49 a. c. dieser Zeitung Mittheilung geschehen. Nach einem uns zu Gesicht gekommenen Cirkulare des königl. Prov.-Konsistoriums für Schlesien an sämmtliche Superintendenten in dieser Angelegenheit, geht dasselbe von der Voraussetzung aus, daß, wo Vereine für die innere Mission in den Gemeinden ins Leben getreten sind, oder als Bedürfniß erscheinen, die Herren Geistlichen daran nicht ohne Theilnahme bleiben werden, widrigenfalls dieselben in den Fall kämen, sich sagen zu müssen, daß sie an sich erfreuliche Lebensäußerungen ihrer Gemeinden der Gefahr ausgesetzt hätten, aus ihrem kirchlichen Lebensorganismus herauszutreten, auf einen unkirchlichen Boden sich zu verirren, und somit wegen Mangel an geistlichen Nahrungssäften zu ersterben, oder gar in schädliche Richtungen auszuarten. Auf Grund dieser nothwendigen Voraussetzung, heißt es dann in dem betreffenden Rundschreiben weiter, erscheint auch die Annahme gerechtfertigt, daß die Bestrebungen für die innere Mission innerhalb des Aufsichtskreises des Konsistoriums, als in einer wirklichen Beziehung zu dem Ressort desselben stehend anzusehen sind, und werden die Superintendenten veranlaßt, Vereinen der angedeuteten Art, wo solche in ihren Diözesen sich gebildet haben, ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und mit den betreffenden Konsynodalen nach Erfordern der Umstände und Verhältnisse darüber in Kommunikation zu treten. Das Uebrige ist aus dem oben angezogenen Artikel dieser Zeitung bekannt.

□ **Ratibor,** 14. März. In meinem letzten Bericht über Installation zweier Magistrats-Mitglieder muß es heißen: den Kreis-Landrath vertrat der Bürgermeister.

Vor dem königl. Kommissarius, dem Konsistorial- und Schul-Rath Mentzel, haben gestern 10 Abiturienten ihre Prüfung abgelegt und 9 das Zeugniß der Reife erhalten. Studiren werden 4 Medizin, 3 Jura, 1 Theologie und 1 Philosophie und Medizin.

Die jüngst erwähnten Orts-Statuten sind in der Plenar-Sitzung des Gewerbe-Rathes am 12ten d. angenommen worden.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 13. März.) Die ausgezeichnete Schrift von Pfaff „Das Trauerspiel in Kurhessen" findet hier viele und theilnehmende Leser. Der Abschnitt „Scheinkonstitutionalismus in Hessen", der das Unwesen, das in Hessen vor dem März 1848 von Oben herab getrieben wurde, vortrefflich schildert, trägt besonders zur Erklärung der Ereignisse der Gegenwart bei. Die Ruhe der Darstellung ist ein Verdienst, das dem Verfasser unter den Umständen, unter welchen er geschrieben hat, nicht hoch genug angerechnet werden kann. (C.B.)

— (Der Berliner Central-Verein für Auswanderung und Kolonisation) hielt gestern Abend seine gewöhnliche Monatssitzung. — Der Vorsitzende theilte eine Darlegung derjenigen Einrichtungen mit, welche in Bremen zu Gunsten der dort sich einschiffenden Auswanderer bestehen. — Hr. geh. Finanzrath Hesse berichtete über die Verhandlungen, welche er mit Hrn. v. Bülow in Hamburg im Interesse der Kolonisations-Gesellschaft für Central-Amerika geführt habe. Das Aktien-Kapital von 100,000 Rthl. sollte durch eine Betheiligung in Hamburg vollständig erfüllt werden und es ist nach den gepflogenen Verhandlungen eine Vereinbarung zu erwarten. Durch eine solche Betheiligung würde dem Unternehmen eine günstige Zukunft vorherzusagen sein. Hr. Hesse berichtete außerdem über die Einrichtung der Auswandererschiffe. — Dr. Asher theilte aus dem eben erschienenen Bericht des Hamburger Kolonis.-Vereins für die von dem Prinzen Joinville in der brasil. Provinz St. Catharina erworbenen Ländereien eben so interessante wie günstige Details mit. — Endlich hielt der Prediger am hiesigen Missionshause, Hr. Stoll, einen aus den Berichten von preuß. Missionären geschöpften anziehenden Vortrag über Natal, das durch die jetzt wieder ausgebrochenen Kaffernkriege für die englische Regierung eine besondere Bedeutung erlangt. Nach den Berichten wird eine frühere Mittheilung über die Möglichkeit einer ausgedehnten Baumwollen-Kultur in Natal als unbegründet erwiesen.

— In den russischen Blättern ist eine merkwürdige Subhastation angekündigt, nämlich der Stadt Tulczyn, früher Sitz der Potocki's, einer der ersten polnischen Familien, Residenz des in den letzten Jahren der Republik so sehr bekannten Szczesny Potocki, welcher dort einen wirklich königlichen Aufwand machte. Der Verkaufspreis ist auf 168,000 Silber-Rubel gestellt.

— Der erste Band des größeren Werkes, welches Herr Appert über die Gefängnisse in Oesterreich, Baiern, Preußen, Sachsen und Belgien herauszugeben beabsichtigt, ist erschienen, und enthält im ersten Theile einen Aufsatz gegen das Zellensystem, im zweiten des Verfassers Reise durch Oesterreich und Ungarn im Jahre 1847.

— Bisher stand es nach § 1297 des Strafrechts jedem Schriftsteller frei, seine auf eigene Rechnung gedruckten Schriften selbst oder auch durch andere, nur nicht in einem öffentlichen Laden zu verkaufen. Neuerdings hat man dieses Recht durch die Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und die Preßverordnung vom 30. Juni 1849, wonach Jeder, der mit Büchern handeln will, eine Konzession der Regierung zu erlangen hat, aufgehoben finden wollen. Der „Voss. Ztg." zufolge hat der Minister des Innern bereits in diesem Sinne entschieden.

— Der schleswig-holsteinische Krieg hat bereits einen militärischen Geschichtsschreiber gefunden. Der preußische Premierlieutenant a. D. von Rothenburg bearbeitet die einzelnen Akte des Krieges, und läßt sein Werk in Heften erscheinen, deren jedes ein oder mehrere Treffen gesondert behandeln soll. Ein uns vorliegendes Heft behandelt die Düppeler Affaire.

— * Jenny Lind fährt fort, die Amerikaner in Extase zu erhalten Bei ihrem jüngsten Konzert in New-Orleans wurde das Billet mit 240 Dollars bezahlt. Die Einnahme dieses Konzerts betrug 20,000 Pf. St.

— (Mainz.) Nach dem (in der gestrigen Bresl. Ztg. berichteten) Mordanfalle auf den Regens Herrn Nickel sah sich der Bischof, der sich fast um dieselbe Zeit der Exercitien wegen im Seminar einfand, in die traurige Nothwendigkeit versetzt, das hochwürdigste Gut aus der entweihten Kirche in den hohen Dom zu übertragen, was gegen 9 Uhr unter dem Gesange der Priester und dem Geläute der Glokken in einer höchst feierlichen Prozession geschah. Die Theilnahme der hierauf in den Dom strömenden Menschenmenge, wo am Pfarraltare die üblichen Gebete vom Herrn Bischof selbst vollzogen wurden, äußerte sich auf die unzweideutigste Weise und lieferte den Beweis, welch hoher Achtung Herr Regens Nickel, ein, wie allgemein bekannt, überaus milder und sanfter Charakter, in unserer Stadt sich zu erfreuen hat. Die Wunden des Herrn Regens haben zwar einen sehr starken Blutverlust veranlaßt, jedoch bis jetzt sich nicht als lebensgefährliche erwiesen. Der Verbrecher, Anton Seebold, ist eines der übelberüchtigtsten Subjekte der Stadt; er diente längere Zeit unter der Fremdenlegion in Algier, und ist mehrere Male schon wegen gemeiner Verbrechen bestraft worden. — Nach einem Berichte der „Mainzer Abendpost" ist der Verbrecher ein Schuhmacher von Gewerbe, der schon mehrere Jahre in Zuchthäusern zugebracht. Die dem Dr. Nickel beigebrachten Wunden sind sehr unbedeutend. Ueber die Motive der That ist die „Mainzer Abdpst." noch nicht im Stande, etwas Bestimmtes mitzutheilen. Doch berichtet sie: „Nach den Einen wäre es Rachsucht: wahrscheinlich aber ist der Thäter geisteskrank. Er hatte vorher zwei Briefe an Herrn Nickel geschrieben, deren Inhalt so verkehrt und unverständlich war, daß Herr Nickel dieselben an die Schwester des Seebold schickte, mit der Bitte, sie möchte ihrem Bruder sagen, er solle ihn in Zukunft mit dergleichen Briefen verschonen. Auch soll sich der S. geäußert haben, Herr Nickel hätte an den Pius-Verein in Lyon geschrieben, man solle ihn (den S.) bei seiner Anwesenheit in Lyon ermorden."

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* **Breslau,** 23. Februar. [Der Gewerberath hat folgende Anträge wegen der Londoner Industrie-Ausstellung an das Ministerium gerichtet:] Die Londoner Industrie-Ausstellung nimmt selbstredend das Interesse aller Gewerbetreibenden aufs lebhafteste in Anspruch. Es war daher natürlich, daß auch bei uns mannigfache Berathungen darüber stattfanden

wie wohl diese Ausstellung für den inländischen Gewerbebetrieb am besten ausgebeutet werden könne.

In Folge gemeinschaftlicher Berathung ist die hiesige Handelskammer bereits am 8. Februar bei Hochdemselben vorstellig geworden; wir hatten es aber für unsere Pflicht, auch unserer Seits unsere Ansichten einem hohen Ministerium vorzulegen, in der gewissen Erwartung, und mit der ganz ergebenen Bitte, dieselben möglichst zu berücksichtigen.

Ohne Zweifel sind auf der Londoner Ausstellung alle Industriezweige vertreten. Es scheint uns daher unerläßlich, daß auch Seitens Preußens Repräsentanten aller Industriezweige dorthin gesendet werden, damit jedem derselben die nöthige Aufmerksamkeit geschenkt würde und die Sachkenntniß eine gründliche Beurtheilung und Benutzung des dort Gebotenen ermögliche.

Soll dies aber geschehen, so sehen wir keinen andern Weg, als daß der Staat selbst Repräsentanten aller Handwerkszweige, und namentlich des Handwerkerstandes auf seine Kosten dorthin sende, wie dies das Königreich Baiern in ähnlicher, wenn auch weniger und umfassender Weise bereits veranlaßt hat. Man wird uns nicht einwenden können, daß man den Besuch der Ausstellung den Einzelnen überlassen müsse, und es wird dies seitens eines hohen Ministerii um so weniger geschehen, da dasselbe durch seine Bemühungen die gedachte Ausstellung möglichst zugänglich zu machen anerkannt hat, welche hohe Bedeutung dasselbe der Ausstellung für die inländische Industrie beilegt. Ist aber diese Wichtigkeit der Londoner Ausstellung für die inländische Industrie über allen Zweifel feststehend, so darf unseres Erachtens der Staat die augenblicklichen Kosten nicht scheuen, welche die Erreichung so großen Vortheils ermöglichen. Nur in dem einen Fall, ließe sich solche Ersparung rechtfertigen, wenn der Zweck auch anderweit erreicht werden könnte. Dies ist aber hier nicht möglich. Bei vielen Gewerben, namentlich Handwerken, sind die Einzelnen nicht bemittelt genug, auf ihre Kosten die Ausstellung zu besuchen, und oft gerade die intelligentesten Leute in ihrem Fach, werden dadurch abgehalten werden, während sie das Gouvernement heranziehen und hinsenden kann. Eben so wenig ist leider Ersprießliches davon zu hoffen, daß die Genossen eines Industriezweiges Einen aus ihrer Mitte auf ihre Kosten senden. In den meisten Fällen wird das Bestreben an der Mißgunst und anderen derartigen Gebrechen scheitern. Es könnte aber weiter fraglich sein, ob es nicht ausreichend wäre, wenn mehrere ähnliche Handwerke durch einen Repräsentanten vertreten werden. Wir müssen dies verneinen. Mit seltenen Ausnahmen hat der Gewerbetreibende von einem anderen als seinem Gewerbe eine genaue Kenntniß. Zu dem vorliegenden Zweck genügt aber eben die Kenntniß eines Handwerks im Allgemeinen nicht, denn gerade hier kommt es darauf an, die feinsten Unterschiede in den Waaren selbst zu beobachten, die Art, wie diese Veränderungen, resp. Verbesserungen hervorgebracht worden sind, das Verhältniß der Preise, die Bezugsquellen, die Materialien

sonderer Vorliebe die Erzeugnisse seines Gewerbes studiren, und die anderen entweder nicht vollständig zu beurtheilen vermögen oder geneigt sein.

Vor Allem aber haben solche freiwillige Besucher der Ausstellung auch nicht einmal die moralische Verpflichtung, ihre Beobachtungen gemeinnützig zu machen, und es würde so das von uns Beabsichtigte nur zum kleinsten Theil erreicht werden.

Sollen aber die vom Staate abgesendeten Gewerbetreibenden ersprießlich wirken, so ist es nöthig, daß sie in London selbst Regierungs-Kommissarien finden, welche der englischen Sprache mächtig, die ähnlichen Gewerbetreibenden in gewissen Lokalen und zu gewissen Zeiten um sich sammeln, welche ihnen mit Rath und That zur Seite stehen, und es bewirken, daß den Gewerbetreibenden auch der Besuch von Instituten, deren Besichtigung, resp. Benutzung dem Zweck förderlich werden kann, ermöglicht oder erleichtert werde, und namentlich, daß ihnen Modelle, Bücher, Zeichnungen, Preis-Courante zugänglich resp. verständlich werden. Der Verkehr dieser Kommissarien mit den Gewerbetreibenden, wird es namentlich ermöglichen, daß die Zeichnungen und Drucksachen von besonderer Erheblichkeit vervielfältigt und übersetzt zur Kenntniß der vaterländischen Industriellen gelangen. Namentlich erscheint es wünschenswerth, daß Modelle zur Ansicht in jede Provinz befördert werden.

So nothwendig und heilsam wir nun die Ausführung dieses unseres gehorsamen Vorschlages halten, glauben wir doch, daß auch in anderer Weise ein hohes Ministerium den Besuch, und dadurch die Ausbreitung der Industrieausstellung befördern kann. Theilweis hat man auch schon von dankenswerthen Bemühungen in dieser Richtung gehört. Wir meinen namentlich, daß ein hohes Ministerium sich hochgeneigtest bemühe, möglichst ermäßigte Fahrpreise zu Land und Wasser zu ermitteln und Anstalt zu treffen, daß inländische Gewerbetreibende in London selbst vor Uebertheuerungen geschützt werden. Gewiß würden Eisenbahn-Direktionen oder Dampfschiffahrts-Gesellschaften, wie in ähnlichen Fällen schon geschehen, auf höhere Veranlassung zweckdienliche Arrangements mit Gastwirthen ꝛc. treffen, und es würde die Veröffentlichung all solcher Erleichterungen gewiß wesentlich dazu beitragen, daß auch weniger bemittelte Gewerbetreibende die Ausstellung besuchten. Einem hohen Ministerium unsere Ansicht nochmals ehrerbietigst empfehlend

eines hohen Ministerii
ergebenst Gewerberath.

(Bekanntmachung.) Unter Bezugnahme auf den § 17 des Gesetzes vom 15. April 1848 wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 28. Februar d. J. 7,725,422 Rthl. in Darlehns-Kassenscheinen in Umlauf waren. Berlin, den 11. März 1851.

Der Finanz-Minister v. Rabe.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 2. bis 8. März d. J. 8004 Personen und 34098 Rtlr. 24 Sgr. — Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrole.

Inserate.

Vorlagen für die Versammlung des Gemeinde-Raths am 17. März.

Wahl zweier Mitglieder für die Stadt-Bau-Deputation. — Bewilligung von Mehrausgaben. — Bericht der Geschäfts-Kommission. — Antrag, um Verbesserung des Zustandes der hiesigen katholischen Pfarrschulen. — Kommissions-Gutachten über Gesuche in Gewerbebetriebs-Angelegenheiten, über die Etats der Haupt-Armen-Kasse, der Realschule I., der höheren Töchterschule und der Patheschen Stiftung. Gräff Vorsitzender.

Montag den 17. März, Abends 7 Uhr, Versammlung der konstitutionellen Bürger-Ressource im Weißgarten. Gegenstand unter andern: Wahl der Rechnungs-Revisoren für 1850—51.

Theater-Repertoire.

Sonnabend den 15. März. 66ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Don Juan."** Romantische Oper mit Tanz in 2 Akten, Musik von Mozart.

Sonntag den 16. März. 67ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Ein Sommernachtstraum."** Dramatisches Gedicht in 3 Aufzügen mit Tanz von Shakespeare, übersetzt von A. W. v. Schlegel; für die Darstellung eingerichtet von L. Tieck. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Philippine Rosenfeld,
Julius Ries,
Verlobte.
Tilsit, Königsberg in Pr., März 1851.

(Verspätet.)
Als Neuvermählte empfehlen sich:
Magnus Czapski.
Bertha Czapska, geb. Brühl.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)
Verwandten und Freunden die frohe Kunde, daß gestern Abend um 11¾ Uhr meine Frau Valeska, geb. Hummel, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden worden ist.
Kreuzburg, den 13. März 1851.
Seibt, Staats-Anwalt.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute Mittag erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau Emilie, geb. Schwarts, von einem gesunden Knaben, beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.
Breslau, den 13. März 1851.
Adolph Wiche.

Todes-Anzeige.
Den heut Morgen 1¼ Uhr erfolgten sanften Tod meines geliebten Gatten, des General-Majors a. D. v. Wolff, beehre ich mich, um stille Theilnahme bittend, hierdurch ergebenst anzuzeigen. Frankfurt a. O., den 6. März 1851.
Karoline v. Wolff, geb. v. Röder.

Todes-Anzeige.
Gestern Abend halb 10 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden an der Brustwassersucht in ihrem 80sten Jahre, meine theure Schwiegermutter, die verw. Frau v. Wiedebach, geb. v. Busse. Mit tiefer Betrübniß und um stille Theilnahme bittend, zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen, Tochter, Schwiegersohn und Enkel an:
Reiche, Pastor zu Niebusch.
Freistadt, den 8. März 1851.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)
Das am 4ten d. Mts., Abends halb 9 Uhr, nach langen Leiden erfolgte sanfte Dahinscheiden unseres geliebten Bruders, Schwagers und Onkels Jakob Buchly, in einem Alter von 62 Jahren 4 Monaten und 9 Tagen, zeigen wir tiefbetrübt allen Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.
Neisse, den 13. März 1851.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Den am 9ten früh nach 3 Uhr nach kurzem, aber schweren Leiden erfolgten Tod meiner lieben Frau Franziska, geb. Ginner, zeigen wir tiefbetrübt unsern Freunden ergebenst an, und bitten um stille Theilnahme.
Bahnhof preuß. Oderberg, den 12. März 1851.
A. Krzyschanowsky, Restaurateur,
nebst drei Kindern.

Verein für Geschichte und Alterthum Schlesiens.
Allgemeine Versammlung zur Wahl des Vorstandes für die Jahre 1851 und 1852: Sonnabend den 15. März, um 4 Uhr, im Lokale der Gesellschaft für vaterländische Kultur (Börse, Blücherplatz).
Der Vorstand des Vereins.

Winter-Verein.
Der **Gesellschaftstanz** ist vom 17. auf Sonnabend **den 22sten d. M.** verschoben. Die Direktion.

Am 31. März d. J. soll auf dem königlichen Stadtgerichte zu Breslau das Grundstück in der langen Gasse zu Breslau, auf welchem der vor einiger Zeit abgebrannte Masten-Krahn gestanden hat, meistbietend verkauft werden. Die Taxe beträgt 1794 Rtlr. 11 Sgr. 2 Pf. Der Werth des Grundstücks ist aber weit beträchtlicher, denn dasselbe liegt hart an der Oder, und eignet sich ganz besonders zum Landungsplatz für Fahrzeuge, zur Anlage von Fabriken und Magazinen, namentlich auch zum Lagern von Holz, Zink und andern Handelsartikeln, wozu es seither schon benutzt worden ist. Außerdem hat das Grundstück nach der Landseite die Ausfahrt nach der langen Gasse, so daß es von beiden Seiten für den Handelsverkehr die erheblichsten Vortheile darbietet. Wir machen auf dies werthvolle Grundstück besonders aufmerksam.

Offene Stelle.
Eine in der feinern Kochkunst geschickte Demoiselle erhält Stellung durch das Komtoir von **Clemens Warnecke** in Braunschweig.

4 Kachelöfen werden gekauft Albrechtsstr. Nr. 24, im ersten Stock.

Bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** und bei Heege in Schweidnitz ist das für **angehende Kaufleute** vortreffliche Werk in **fünfter** verbesserter Auflage zu dem Preise von 1 Thaler zu haben:

Die Handlungswissenschaft
für Handlungslehrlinge und Handlungsdiener
zur leichten Erlernung der so wichtigen Handelsgeographie, der Handelsgeschichte, der Wechsel, Wechselgeschichte und Wechselkunde, des kaufmännischen geschwind Rechnens, der Coursrechnung, der Münz-, Maaß- und Gewichtskunde, der Lehre der Staatspapiere, der Korrespondenz und der einfachen und doppelten Buchführung.
Von Fried. Bohn.
Fünfte verbesserte Auflage. Preis 1 Thaler.
Verlag von Ernst in Quedlinburg.

In diesem mit ausgezeichnetem Beifalle aufgenommenem Buche ist das Wissenswertheste der Handlungs-Wissenschaft nach den neuesten Fortschritten enthalten, wie auch 1) Klugheits- und Verhaltungsregeln für junge Kaufleute, 2) Beförderungsmittel des Handels, 3) die Gold- und Silber-Berechnung, 4) Wechselrechnung, 5) Staatspapiere und Aktien-Rechnung, 6) Waaren-Rechnung, 7) das Wissenswertheste an Papiergelde, 8) Ein- und Verkaufs-Tabelle, 9) das Nöthigste von der Aktienkunde, 10) die Lehre vom Credit und 11) ausführliche Lehre von der kaufmännischen Korrespondenz.

Auch bei Ferd. Hirt in Breslau — Flemmingsche Buchhandlung in Glogau — Bredul und Förster in Gleiwitz — Burchardt in Neisse — Köhler in Görlitz — Weiß in Grünberg — Nesener in Hirschberg (und in allen Buchhandlungen) vorräthig.

Bei **F. E. C. Leuckart** in **Breslau,** Kupferschmiede-Strasse Nr. 13, ist so eben erschienen:

Babnigg-Polka,
für das Pianoforte componirt und
dem Fräulein Emma Babnigg
hochachtungsvoll zugeeignet von E. v. N.
Preis 5 Sgr.

Wilhelms-Bahn.

Die für das Jahr 1850 auf die Stamm-Aktien unserer Bahn zu vertheilende Dividende ist auf vier Prozent d. h. vier Thaler für jede Aktie festgesetzt worden.

Dieselbe wird vom 1sten bis 15. April d. J. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Fest-Tage, von 9 bis 12 Uhr, bei unserer Hauptkasse hier,
in **Breslau** bei Herren **Eichborn und Comp.** und
in **Berlin** bei Herren **M. Oppenheims Söhne**
gegen Abgabe der mit einem Verzeichnisse zu versehenden Coupons gezahlt werden. Zu gleicher Zeit können auch ältere noch nicht bezogene Dividenden ebendaselbst erhoben werden.
Ratibor, den 12. März 1851. **Das Direktorium.**

Kunstanzeige. Letzte Anmeldung
bis Montag den 17. März d. J. Naturzeichnen und Malen ist in 4 Stunden zu erlernen, falls die Anmeldung schnell geschieht. Ansicht der Gemälde von 12¼ bis 12½ und von 4 bis 4¾ Uhr. **Jaegermann** und Frau, Albrechtsstraße Nr. 24, eine Treppe hoch rechts.

Lokal-Veränderung.
Die Niederlage gußeiserner Oefen von E. Zippel und Comp.
befindet sich Junkernstraße Nr. 31.

Zu Park- und Gartenanlagen
empfehle ich Gartenfreunden meinen **großen Vorrath** von engl. **Schmuckbäumen, Sträuchern, Schlingpflanzen** ꝛc. ꝛc. zur gefälligen Beachtung, bei deren Abnahme die **reelste Bedienung,** als auch ein ansehnlicher **Rabatt** zugesichert wird. — Preislisten hierüber werden gratis verabreicht und geneigte Aufträge möglichst zeitig erbeten. ☞ Meine Gehölzschulen befinden sich Schweidnitzervorstadt, Gartenstraße Nr. 6 und resp. 2 und 3.
Ed. Monhaupt, Kunst- und Handelsgärtner zu Breslau.

1851r Selter und Salzbrunn
bei **Herrmann Straka,** Dorotheen- und Junkernstr.-Ecke Nr. 33.

Ein Kandidat der Theologie, welcher schon als Hauslehrer fungirt hat, und, neben den andern Gegenständen, in der französischen Sprache und auf dem Klavier gründlichen Unterricht ertheilen kann, wird von einer Herrschaft auf dem Lande, in der Nähe von Frankfurt a. O., zur Ausbildung einer Tochter, zum 1. Juli d. J. gesucht. Außer freier Station werden 130 Rthl. Gehalt bis 150 Rthl. aufsteigend gewährt.

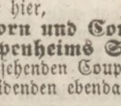
Näheres beim Post-Verwalter **Schlundt** in Frankfurt a. O. zu erfragen.

Den Freunden der Hydropathie zeige ich hiermit an, daß Fräulein Marie von Colomb, Vorsteherin der Wasserheil-Anstalt in Görbersdorf, sich bis zum 18. d. M. incl. in Breslau befindet und für Die, welche ihren Rath und ihre Hilfe etwa beanspruchen wollen, täglich Altbüßer-Straße Nr. 1, Vormittags von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr, zu sprechen ist.
Breslau, 14. März 1851. F. A. Stilch.

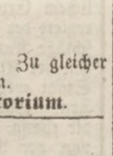
Vom 1. April 1851 an bitte ich alle Briefe und Packete für mich nicht — wie seither — nach Groß-Wandriß bei Groß-Baudiß, sondern nach Groß-Wandriß bei **Liegnitz** zu adressiren, von wo Alles abzuholen ich Gelegenheit haben werde.
Groß-Wandriß bei **Liegnitz,** 15. März 1851.
von Heinen,
königl. Regierungs-Rath a. D.

Galvano-elektrische
Rheumatismus-Ketten,
à 1 Rtl.
Diese von vielen Aerzten und Chemikern geprüften galvano-elektrischen Ketten sind ein sehr bewährtes, bereits häufig ärztlich zum Gebrauch verordnetes Heil-, und namentlich Präservativmittel gegen akute und chronische Rheumatismen, Gicht, Nervenübel und Kongestionen aller Art empfehlen:
Hübner u. Sohn, Ring Nr. 35, 1 Treppe.

Eine Kammerjungfer,
die geübt im Schneidern, Frisiren und Putzmachen ist, auch im Wirthschaftlichen Bescheid weiß, jüdischer Confession, findet eine vortheilhafte Stelle in Warschau, und wird der Antritt Ostern d. J. gewünscht. Nähere Auskunft ertheilt
Mad. **Schlesinger,** Ring Nr. 12, zweite Etage.



Nachtigallen, worunter eine weiße, Weichselsprosser, Kanarienvögel mit Hecken, Staare ꝛc., auch Kampf- und Zwerghühner und verschiedene Sorten Tauben sind zu haben bei **Knauth,** Breitestraße 29.



Pensions-Offerte.
In einer Familie hiesiger Stadt, welche überhaupt nur zwei bis drei Pensionäre hält, finden gegenwärtig noch ein oder zwei Knaben freundliche Aufnahme. Das Nähere bei den Herren Ober-Consistorialrath und Consistorial-Rath Professor Dr. Middeldorpf und D. Schulz, so wie den Herren Superintendent Heinrich und Direktor Wimmer.

Als Stadt-Hebamme
empfiehlt sich hierorts ergebenst:
verehel. **Frommer,** geb. Schlesinger, Antonien-Straße im weißen Storch, neben der Synagoge par terre.
Breslau, im März 1851.

Am Neumarkt Nr. 31 ist im zweiten Stock vorn heraus eine freundlich möblirte Stube zu vermiethen.

Oeffentliche Vorladung.
Ueber den Nachlaß des Zimmermeisters Wilhelm Joseph Morawe ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger
auf den 15. April 1851,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt worden.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.
Breslau, den 4. Dezbr. 1850.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.
Die unterzeichnete Verwaltung beabsichtigt 400 Stück neue Mehlsäcke à 6 Scheffel Inhalt, anfertigen zu lassen. Hierauf Reflektirende können die dieserhalb gestellten Bedingungen bis spätestens zum 22sten d. M. im Büreau der Verwaltung einsehen resp. auf frankirtes Ansuchen schriftlich mitgetheilt erhalten.
Schweidnitz, den 13. März 1851.
Königliche Festungs-Magazin-Rendantur.

Holz-Verkauf.
Zum öffentlichen meistbietenden Verkauf der auf der königl. Ablage zu Jeltsch im Bestande befindlichen Klafterhölzer, bestehend in

482	Kflrn.	Eichen-Scheitholz,
54¼	„	dito Astholz,
23¼	„	Weißbuchen-Scheit-,
6¼	„	dito Ast-,
43¼	„	Rothbuchen-Scheit-,
6	„	dito Ast-,
10¾	„	Eschen-Scheit-,
3¾	„	Birken-Scheit-,
18¼	„	dito Ast-,
225¼	„	Erlen-Scheit-,
72¼	„	dito Ast-,
17½	„	Linden-Scheit-,
488	„	Kiefern-Scheit-,
84	„	dito Ast-,
405	„	Fichten-Scheit-
51	„	dito Astholz und

einige Klaftern melirt Senkholz,
ist ein Termin auf **Freitag den 28. März d. J.** von früh 10 bis 12 Uhr im Ablagewärter-Etablissement zu Jeltsch anberaumt, zu welchem Käufer eingeladen werden. Bemerkt wird hierbei nur: daß der Zuschlag sofort ertheilt wird, sobald die Taxe erreicht oder überschritten ist, und daß das erstandene Holz, welches in Partien ausgeboten wird, alsbald an den anwesenden Rendanten bezahlt werden muß.
Scheidelwitz, den 13. März 1851.
Königl. Forstverwaltung. v. Motz.

Auktion. Am 17. d. M. Mittags 12 Uhr sollen auf dem Zwingerplatze 1 Halbwagen mit eisernen Achsen, 1 Lederplauwagen und verschiedene Pferdegeschirre versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Kom.

Auktion. Am 19. d. Mts. Vorm. 9 Uhr sollen Breitestraße in einer Remise des Münzgebäudes Schankutensilien, als: Tische, Stühle, Bänke, Kronleuchter, Lampen, Tabletts, Porzellan und Glasgeschirre versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Kom.

Einem hochgeehrten Publikum mache ich hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich den von meiner Tochter gepachteten
Gasthof zum schwarzen Adler
in Reichenbach in Schlesien,
anderweitig an den Kaufmann Hrn. Eduard Pachelbl daselbst pachtweise übertragen habe, und bitte, dem jetzigen Pächter das mir bisher geschenkte Vertrauen nicht zu entziehen.
Breslau, den 8. März 1851.
Ludwig Zettlitz.
(Zettlitz Hotel.)

Bezugnehmend auf obige Anzeige des Herrn Ludwig Zettlitz in Breslau erlaube ich mir, den unter meine Leitung genommenen
Gasthof zum schwarzen Adler
hierselbst
einem hochgeehrten Publikum bestens zu empfehlen.
Reichenbach in Schles., den 8. März 1851.
Eduard Pachelbl.

Im Colosseum zum russ. Kaiser
findet Montag den 17. März der
bürgerl. Subskriptions-Ball
zum Schluß des Karnevals statt.
Eröffnung 6 Uhr. Anfang präcise 7 Uhr.
Das Fest-Komitee.
Alle diejenigen von unseren geehrten Herren Mitbürgern, die unserer persönlichen Einladung entgangen sind, laden wir noch hierdurch freundlichst ein. Karten sind zu haben beim Herrn Kaufm. Müller, Schmiedebr. Nr. 49 und im Cigarrengeschäft Ring- und Oderstraßen-Ecke.

Nordische Weiß-Erlenpflanzen
sind in diesem Frühjahr 3jährige Pflanzen 5 bis 7 Fuß hoch à 5 Sgr., 2jährige Pflanzen 3 bis 5 Fuß hoch à 4 Sgr. pro Schock abzulassen, desgleichen Aepfel-, Birn-, Pflaum- und Wallnuß-Bäume, so wie Ahorn und Eschen zu Alleepflanzungen und eine Auswahl von Ziersträuchern zu haben.
Auch sind 6 Scheffel (neues Maaß)
Karpfen-Strich
verkäuflich, bei dem
Wirthschafts-Amt **Puditsch** bei Prausnitz.

Ein Provisions-Reisender wünscht auf seiner Tour über Hamburg, Hannover, Holland und Belgien noch einen gangbaren Artikel zu übernehmen. Offerten werden bis Dienstag unter T. T. Schmiedebrücke Nr. 58, im Gewölbe, franko erbeten.

☞ Ein Candidat der evang. Theologie, welcher mit der Pädagogik vertraut, Unterricht praktisch geübt und zugleich musikalisch ist — wird vom 1. April oder von Ostern d. J. ab gewünscht für die **erste Lehrerstelle des Erziehungs-Instituts zu Briesen (Kr. Culm) in Westpreußen.** Adressen werden direkt erbeten.

Bekanntmachung.
Da ich von meiner Frau separirt, und mit derselben in Ehescheidung lebe, so mache ich hiermit bekannt, daß ich keine Schulden, welche dieselbe etwa machen könnte, bezahle. Eben so warne ich, jedem Andern auf meinen Namen Kredit zu geben, da ich meine Bedürfnisse baar bezahlen lasse.
F. Schelauski, Möbelfuhrwerks-Besitzer, Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 71.

Die **Posthalterei** in einer Kreis-Stadt Ober-Schlesiens, mit 200 Morgen guten Ackers, ist entweder im Ganzen oder einzeln, ohne Einmischung eines Dritten, aus freier Hand zu verkaufen. Wo? sagt auf portofreie Anfragen die Handlung, Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Mehre Hundert Scheffel rein gesiebte Holz-Asche können zum Verkauf nachgewiesen werden durch den Lackirer A. Herrmann, Katharinenstraße Nr. 12.

In der Albert A. Wenediktschen Buchhandlung in Wien ist erschienen und in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20, zu haben:

Frisch gebackene Böhmische Dalken.
Köstliche Anekdoten mit einer humoristischen Fülle,
herausgegeben von **Gustav Schönstein.**
Taschenformat. Wien 1850. brosch. 6 Sgr.

Von **G. Schönstein** sind ferner erschienen:

Neue ungarische Paprika.
Eine ausgewählte Sammlung neuer höchst belustigender ungarischer Anekdoten.
Taschenformat. Wien 1850. brosch. 6 Sgr.

Neugepflückte Judenkirschen.
Eine auserlesene Sammlung der neuesten und interessantesten Anekdoten, mit einem Anhange effektvoller humoristischer Deklamationsstücke.
Taschenformat. Wien 1850. brosch. 6 Sgr.
In **Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.,** in **Brieg** bei **Ziegler.**

In der Buchhandlung **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau,** Herren-Straße Nr. 20 ist vorräthig:
Die Hartleibigkeit oder Verstopfung, gemeiniglich Unterleibsbeschwerden genannt, ist keine Krankheit der Gedärme, physiologisch nachgewiesen, mit Erklärung der Ursachen und Entstehung derselben, der nachtheiligen Folgen der bisherigen Behandlung, nebst erprobter Anleitung zur Heilung dieser Krankheit, nach dem englischen Original, von Dr. med. **Eduard Johnsch,** (dem Verfasser von „Leben, Gesundheit und Krankheit." Dritte Auflage. Verlag von Schubert u. Cp. in Hamburg. 8. geh. Preis 5 Sgr.

Herr Thierarzt Niedetzik wird hiermit aufgefordert, seinen Wohnort anzugeben und seinen Verbindlichkeiten nachzukommen.
Löwen im März 1851.

Ein anständiger junger Mensch, wo möglich mit einigen Kenntnissen der Conditorei, kann zur Erlernung der Kochkunst sofort ein Lehr-Engagement finden. Nähere Auskunft ertheilt J. Gaze im weißen Adler in Breslau.

Anzeige für Blumenfreunde.
Von den so beliebten großblumigen getigerten Pantoffelblumen (Calceolarien), besitze ich ausgezeichnet kräftige Pflanzen, welche durch künstliche Befruchtung der Blumen von der bizarrsten Zeichnung und Farbe gewonnen sind, und Ausgezeichnetes erwarten lassen.
Ich verkaufe davon 10 Stück für 1 Rtl.
Desgleichen Cinerarien, aus England bezogen, von besonderer Schönheit, 10 Stück für 1 Rtl.
Wegen baldigen Erscheinens der Blüthenknospen sind Bestellungen zu beschleunigen.
Grafenort, Kreis Habelschwerdt.
F. Schlegel,
gräfl. Herbersteinscher Kunstgärtner.

Die erste Sendung
1851r Salzbrunn
empfing und empfiehlt:
F. W. Scheurich,
neue Schweidnitzerstr. Nr. 7.

Zahnperlen,
die Schnure 1 Thlr. Ein sicheres Mittel, Kindern das Zahnen außerordentlich zu erleichtern; erfunden vom Dr. Ramçois, Arzt und Geburtshelfer zu Paris; empfehlen
Hübner u. Sohn, Ring 35, eine Tr.

Gemüse-, Blumen-, Futter- und Gras-Samen
von erprobter Keimkraft und Aechtheit, empfiehlt, laut dem in der Beilage zu Nr. 73 der Bresl. Zeitung vom 14. März inserirten Verzeichnisse:
Friedrich Gustav Pohl,
Breslau, Schmiedebrücke Nr. 12.

Zu verkaufen
sind: ein birkener Schreibsekretär 12 Rthl., ein Waschtisch 2 Rthl., ein Schlafsopha 9 Rthl., Reuschestraße Nr. 45, 2 Stiegen.

Ein neuer Handwagen mit eisernen Achsen steht zu verkaufen Friedrich-Wilhelmsstr. 62.

Karlsstraße Nr. 32 ist von Johannis ab die Bel-Etage zu vermiethen.

Zu vermiethen und theils sofort, theils Term. Ostern d. J. zu beziehen:
1) Hummerei Nr. 31 a) eine Tischlerwerkstatt; b) eine Schlosserwerkstatt;
2) Ohlauer Straße Nr. 71 eine mittlere Wohnung in der 2ten Etage;
3) Ring Nr. 32 a) die neu eingerichteten Restaurations-Lokale in der ersten Etage; b) ein Verkaufskeller; c) ein Gewölbe; d) zwei größere Wohnungen;
4) Bischofsstraße Nr. 7 a) die erste und zweite Etage; b) ein geräumiges Verkaufsgewölbe par terre mit Comptoir und vielem Beigelaß, von Term. Johannis d. J. ab;
5) Kleine Scheitniger Straße Nr. 6 (Brigittenthal) die Schanklokale nebst Wohnung und Garten;
6) Mauritiusplatz Nr. 10 a) eine mittlere Wohnung par terre;
7) Schmiedebrücke Nr. 39 mehrere mittlere und kleine Wohnungen;
8) Schmiedebrücke Nr. 40 die Bäckerei-Lokale;
9) Schmiedebrücke Nr. 42 eine mittlere Wohnung in der zweiten Etage;
10) Albrechtsstraße Nr. 18 a) die Parterre-Lokale, zu jedem Geschäfts-Betriebe sich eignend; b) die erste Etage.
Administrator **Kusche,**
Altbüßer-Straße Nr. 45.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,** Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.
Gutsbes. Baron v. Stieglitz und Oberst Oern aus Petersburg. Gräfin Westmoorland und Graf v. d. Schulenburg aus Berlin. Senator Dolan aus Löwenberg. Hauptm. v. Reichenbach aus Schweidnitz. Lieut. Liebenauer aus Lübben. Kaufm. Cohn aus Posen.

Markt-Preise.
Breslau am 14. März 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin.	Waare
Weißer Weizen	55	52	49	46	Sgr.
Gelber dito	53	51	47	45	„
Roggen . . .	43	41	39	37	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	25	23	22	21	„
Rothe Kleesaat	—	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10½	9½	6—8	Rtl.
Spiritus . .		6½	Rtl. Gld.		

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.
Rüböl 11 Rtl. Gld.
Von Zink wurden 1500 Ctr. loco zu 4 Rtl. 14½ Sgr. und 2000 Ctr., Gleiwitz, à 4 Rtl. 9½ Sgr. verkauft, zu diesen Preisen sind ferner Käufer ohne Abgeber.

13. u. 14. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27" 7,88'''	27" 8,12'''	27" 8,60'''
Thermometer	+ 2,4	+ 0,4	+ 6,1
Windrichtung	N	NW	NW
Luftkreis	trübe	überwölkt	trübe

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.
Abg. nach Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	8¼ U. M., 5¼ U. NM. Güterzüge 7 U. M., 11¾ U. V. Mit. 10½ U. M., 7 U. Ab. 9 U. M., 6½ U. NM.
Abg. nach Abg. von	Freiburg		8 Uhr Mrg., 1 U. 30 Min. Nachm. 6 Uhr 30 Min., 4 U. Nachmittags.
Abg. von	Schweidnitz		nach Breslau 6 U. 20 M. Mrg., 3 U. 50 M. Nchm. nach Freiburg 2 U. 40 M.; von Königszelt nach Schweidnitz 4 U. 20 M.

Außer der Sonn- und Feiertage geht täglich 3 Uhr 15 Min. von Breslau nach Freiburg ein Güterzug, welcher auch Personen befördert.

Börsenberichte.

Breslau, 14. März. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¼ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 108¼ Gl. Polnisch Courant 93⅔ Gl. Oesterreichische Banknoten 78⅝ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 105¼ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 101 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85½ Gl. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101½ Gl., neue 3½ % 91 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 96 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 101½ Br., Litt. B. 4 % 101½ Br., 3½ % 91¾ Br. Alte polnische Pfandbriefe 93¾ Gl., neue 93¾ Gl. Polnische Schatz-Obligationen 81½ Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 82 Gl. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 76¼ Gl., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 116½ Gl., Litt. B. 110½ Br. Krakau-Oberschlesische 75½ Br. Niederschlesisch-Märk. 83¾ Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III. 102¾ Gl. Neisse-Brieger 43 Br. Köln-Mindener — — Priorität 104 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 40¼ Br.

Berlin, 13. März. Anhalter, Stettiner und Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien merklich höher gefragt andere Effekten fest bei geringem Umsatz.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 100¾ à 101½ bez., Priorität 5 % 103½ Gld. Krakau-Oberschlesische 4 % 74¾ bez., Priorität 4 % 86½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 40½ à 40 bez., Priorität 5 % 96¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 83½ bez., Priorität 4 % 95 Br., Priorität 5 % 103¾ bez., Serie III. 5 % 103 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 26½ Gld., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 116½ bez., Litt. B. 3½ % 109½ Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 105¼ bez. und Gld. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 100¾ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 85⅛ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 126¼ Br. Posener Pfandbriefe 4 % — — 3½ % 91¼ Gld. Preußische Bank-Antheile 96½ bez. und Gld. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94⅛ Br., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 82½ bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 13. März. Die Börse war in Fonds und Aktien geschäftslos und matter, doch sind nur Bank- und Nordbahn-Aktien zurückgegangen, wogegen Linz-Budweiser und Gloggnitzer E.-B.-Aktien besser begehrt waren. Von Wechseln waren Paris und Livorno zur erhöhten Notiz gefragt. Comptanten etwas besser bezahlt. Lomb. Schatzscheine und Anlehen ohne Umsatz. 5 % Metalliques 96⅜, 4½ % 84⅞; Nordbahn 130¾: Hamburg 2 Monat 191; London 3 Monat 12. 45.; Silber 129⅜.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.